



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

26.01.1932 (Nr. 21)

LÖTZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Dienstag, 26. Januar 1932 • Nummer 21

**Dr. Goebbels
spricht morgen
in Bremen**

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 16 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 23878

Die LÖTZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsförderung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gep. Monp.-Zeile RM. 0,25, auswärtig RM. 0,30, im Fernteil die 4gepalt. Textzeile RM. 0,80, auswärtig RM. 1,—. Stellenged. u. Familien-Anzeigen RM. 0,10. Kleine Anzeigen RM. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Adolf Hitler rechnet ab!

„Die Männer von Versailles können nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung nicht die Männer der deutschen Zukunft sein.“

Die gewaltige Kundgebung, die das deutsche München jenseits mit der großen Rede Adolf Hitlers erleben konnte, war mehr als die Antwort an Herrn Brüning, sie war eine vernichtende Abrechnung mit dem System, zu dessen Verteidigung sich der Reichsführer in seiner mehr als schwachen Entgegnung gezwungen sah, sie war ein überwältigendes Geständnis des deutschen Volkes zum neuen Deutschland unter der Fahne der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung. Im Gegensatz zur „deutschen“ Presse bringen wir heute den Wortlaut der großen Abrechnung unseres Führers, um damit klar und eindeutig die Richtung unserer letzten Wegstrecke zu kennzeichnen.

Die Schriftleitung.

Adolf Hitler ging in seiner Rede von der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Cabal aus, daß Frankreich nicht gewillt sei, auf etwas zu verzichten und von einem Plane abzugehen, der die freiwillige Unterwerfung Deutschlands trägt. Wir Nationalsozialisten haben schon damals vor 2 Jahren darauf hingewiesen, daß der bloße Versuch einer Durchführung des Youngplans zu einer völligen Zerstörung der deutschen Wirtschaft führen müsse. Wenn es Tatsache ist, daß dieser Plan undurchführbar und unerfüllbar ist, so ist es aber auch ebenso Tatsache, daß dieser heute nunmehr auch von den ganzen übrigen Welt als unerfüllbar bezeichnete Plan von Deutschland als rechtsgültig anerkannt worden ist. Ich betone, daß wir schon damals im Namen des deutschen Volkes die Rechtsgültigkeit nicht anerkannt haben, und daß, wenn wir Gelegenheit zur Aufklärung gehabt hätten, die ganze Nation ihn schon damals einstimmig verworfen hätte. Unsere Kritik der Notverordnungen wurde als Mission bezeichnet und nur wenige Wochen hindurch seitdem vergangen. Nun frage ich Sie, wer hat sich auf dem Gebiet der Missionen bewegt, wir oder die Männer der Notverordnungen? In der Antwort des Herrn Reichsführers wird uns entgegengehalten: Ja, Sie könnten auch nichts anderes machen als wir heute. Galt! Gerichtet euch! Wir haben nicht nötig, das zu tun, was die anderen heute machen. Aber seit anderthalb Jahren lebe ich, daß sich die anderen sich mit unseren Ideen beschäftigen; sie sind nun gezwungen, das zu beginnen, was wir seit vielen Jahren gefordert haben. Aber es ist etwas anderes, ob ein Mensch multitalig ist, oder ob ein anderer der eine Violine zur Hand nimmt, nun auch spielen kann. Ich betrete, das es ihnen möglich ist, sich auf Gebieten zu bewegen, die unsere waren und sind. Wo sie verdingen, sich fremde Geisteskräfte aneignen, lese ich Schritt für Schritt die Bedrücktheit und Stimmungslosigkeit dieser Verdingen. Wenn die heutigen Politiker sagen, es sei der Beweis der Fähigkeit des deutschen Volkes, daß es trotzdem diesen Winter überlebt, so glauben auch

wir, daß es nicht nur diesen Winter, sondern jeden Winter überdauert, weil wir glauben, daß es das heutige System überwindet.

Adolf Hitler schloß in großen Zügen die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der heutigen Katastrophe heraus und stellte fest, daß es unmöglich sei, diese Ursachen zu beseitigen, wenn man nicht die persönlich Schuldigen beseitigt. „Die Weltkriege ist da, aber nicht unverändert. Die Menschen, die sich heute auf sie berufen, haben ein gerüttelt Maß an Schuld, daß sie eingetroffen ist. Ich glaube, daß es Völker gibt, die in der Lage sind ihr zu begegnen. Aber Deutschland ist so weit gebracht worden, daß es ansehnend als Opfer auf der Strecke bleiben soll. Ist an dieser Weltkriege jemand schuld, oder ist es ein Verhängnis, das ist die Frage. Ist sie ein Verhängnis, dann ist Deutschland verloren. Glaube ich aber an die andere Möglichkeit, dann ist der erste Schritt zur Beseitigung die Befreiung der Schuldigen. Sie

sagen: Schuld ist Versailles. Jawohl! Wer ist schuld an Versailles? der verlorenen Krieg! Wer ist aber schuld am verlorenen Krieg? (Stürmischer Beifall.) Wer ist schuld an Versailles? Immer wieder trifft den Menschen der Fluch der Lat. Wäre die Katastrophe nicht gekommen, sondern der Erfolg, wären dann auch die Vertreter von Weimar gekommen und hätten gesagt: Wir haben keine Schuld daran? Warum du stirbst ist einerlei, wesentlich ist, daß du nicht die Kraft hastest, dein Leben zu bewahren. So ist es auch im Leben der Völker. In dem Augenblick als man die Revolution begann, war alles weitere eine zwangsläufige Folgeerscheinung. Am 9. November 1918, am Tage der Revolution, wurde auch die Kriegsschuldfrage mit aus der Taufe gehoben. Hier in Berlin, nicht in Paris. Die Revolutionsparteien brauchten die Kriegsschuldfrage, um einen Rechtsgrund für die eigene Revolte zu besitzen. Und die Parteien, die in Ver-

saillies den ersten Paragraphen unterzeichnet haben, haben damit ihr eigenes Handeln in der Heimat motiviert. Aus einem innerpolitischen Verbrechen heraus hat die Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und demokratischem Bürgertum Deutschland vor der ganzen Welt belastet. Die Schuldigen, die sich selbst als schuldig priesen, verteilten der Entwaffnung. Indem man die Nation wehrlos machte, gab man sie auch der wirtschaftlichen Ausplünderung preis. Erst machten sie Revolution, weil Deutschland und seine Regierung schuld sei am Kriege. Dann Anerkennung der Kriegsschuld als Basis des Friedensvertrages, dann Entwaffnung als Folge der festgestellten Kriegsschuld. Dann Zahlung Deutschlands für die Kriegsschuld als Folge der Kriegsschuld und vollständiger Wehrlosigkeit der Nation. Nicht Versailles ist schuld, sondern unsere Parteien. Und daher müssen sie zuerst vernichtet werden. Wo bleibt heute die Ministerverantwortlichkeit?

„Wir werden euch entfernen, so wahr wir hier stehen!“

Herr Brüning ist überzeugt, die Konferenz in Lausanne werde Deutschland erlösen. Ich weiß nicht, ob Lausanne stattfindet. Ich weiß nur, daß, wenn diese Konferenz Deutschland erlösen würde, sie bestimmt nicht stattfinden.

So wie die anderen Deutschland in zwölf Jahre vernichteten, hätte man es in zwölf Jahren auch wieder aufbauen können. Wenn meine Gegner sagen, wir räumen den Platz nicht mehr, auf den wir gestellt sind, so muß ich ihnen erwidern: Die Männer von Versailles können nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung nicht die Männer der deutschen Zukunft sein. Wenn sie sagen, wir räu-

men das Feld nicht, weil wir verantwortlich sind, dann fragen wir: Wem seid ihr verantwortlich? Der Nation!? Fragt sie doch! Sie wird euch Euer Urteil ausstellen. (Donnernder Beifall.) Aber ihr fürchtet das Volk als Richter! Oder seid ihr verantwortlich Eueren Parteien? die sind nicht Deutschland!

Wir versprechen nicht, daß heute oder morgen die Wendung kommen wird, aber wir versprechen, daß wir die Ursachen des Versalles beseitigen werden. Die Männer, die für die Pleite verantwortlich sind, müssen mit der Pleite verschwinden.

Trotzdem habt ihr uns nicht zum Bankrott gebracht.

Und wenn da jemand sagt, er wäre noch nicht erschüttert, dann weisen wir darauf hin, daß auch eine Zeitung erst dann zu Fall gebracht wird, wenn ihr letztes Wort gefallen ist.

Die Parteiturme Deutschlands, mögen sie heißen wie immer, wir reißen sie ein und aus den Resten Eurer Parteiturme, da bauen wir wieder auf den Trümern der deutschen Nation! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Mit der ersten Strophe des Sorf Wesselschloß die bedeutende und eindrucksvolle Volkskundgebung. Damit ist dem in jeder Hinsicht unzulänglichen Entgegenwärtigung des Reichsführers auf dem Fuße eine Abfertigung erteilt worden, wie sie nicht wirksamer hätte sein können. Aus dem Munde unseres Führers Adolf Hitler hat Brüning die Antwort des deutschen Volkes erhalten.

Wenn Kommunisten „regieren“

Newport, 25. Jan. Nach einer Meldung aus Guatemala sind in der Republik Salvador kommunistische Unruhen ausgebrochen. Die Kommunisten beherrschen die Städte La Libertad, Patzún und Santa Tecla. Zahlreiche Regierungsbeamte wurden ermordet und ihre Körper auf Pfläde aufgesteckt. Die Truppen sind der Regierung treu geblieben und haben sich in der Hauptstadt San Salvador verschanzt. Dorthin sind alle Fremden geflohen. Ueber das ganze Land ist Kriegsrecht und Zensur verhängt. Die fremden Kriegsschiffe, die in La Libertad eingetroffen sind, warten auf Befehl, Truppen zu landen.

Wir bauen eine neue Volksgemeinschaft

Solange es eine Menschengeschichte gibt, ist noch nie eine Unterdrückung eines Volkes unter ein Verfassungsverhältnis gelangt worden, bloß aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit der Forderung. Immer noch hat das politische Wollen das durchdringen, was politische Unfähigkeit vorher unterzeichnete.

Gibt es ein Volk der Weltgeschichte, das in seiner schwersten Stunde sein Schicksal einer Demokratie anvertraut hat? Deutsche Auflösung, deutsche Selbstvernichtung, das sind Frankreichs Forderungen. Es muß im deutschen Volk weg die Internationale in jeder Form, die Demokratie und der Pazifismus. Voraussetzung zur deutschen Freiheit ist eine Entlohnung jenseitigen Kräfte, die unzerstörlich verbunden sind mit dem Sein und dem Wollen des deutschen Volkstums. Wenn das deutsche Volk sich nicht selbst gelassen hat, was es immer noch verloren. Aber wir dürfen nicht nur das Gift des Pazifismus und Internationalismus austilgen, sondern die Parteien, die ihre Träger

Voraussetzung zu einer Wiedergeburt ist allein die innere Regeneration unseres Volkes. Was die anderen zerstört haben, bauen wir Stück für Stück wieder auf: Eine neue Volksgemeinschaft. In ihr ist das beste Deutschland aus allen seinen Schichten bereit und marschiert heute in unseren Reihen. Wenn es nicht das Beste wäre, wie hätten wir dann aus sieben Mann 15 Millionen werden können? Wenn diesen Geist, der heute 15 Millionen Deutsche beherrscht, schon heute ganz Deutschland besäße, dann ständen wir heute anders da.

Wenn ihr sagt, wir Nationalsozialisten wollten die Kontinuität der jetzigen Politik auch in der Zukunft erhalten, dann erwidere ich: Nein, nein, nein, wir wollen sie beseitigen! Wenn ihr sagt, wir geben nicht, dann sage ich: Wir werden euch entfernen, so wahr wir hier stehen! (Ungeheurer Beifall.) Wenn ihr sagt, wir werden eine eiserne Front aufstellen, dann erwidern wir: Die Front aus Eisen ist schon da! Ihr habt die Front der Klüge, der Verleumdung, des Weichelmordes und hinterhältigen Angriffs.

Nun endlich Schluß!

Herr Groener, wie lange noch?

Wiederum, binnen knapp 24 Stunden, hat die NSDAP zwei Todesopfer zu beklagen. Die eine dieser Bluttaten, die in ihren Begleitumständen so unheimlich ist, daß sich fast die Feder sträubt, sie wiederzugeben, geht uns Berliner besonders nahe. Der kleine Sittler Junge, der da am frühen, erdenden Morgen niedergemacht wurde von einer Horde bestialischer, planmäßig auf Mord dressierter Unternehmungen, muß mit seinem Tode nun endlich die Dämme niederreißen, die Laubheit und feiges, oft sogar hämisch grinsendes intellektuelles Gewährenlassen den kommunistischen Mordhorden bis zur Stunde noch immer als Schutzwall geboten hat, um sich dahinter zu verbergen.

Es geht nicht länger an, wenn Deutschland sich ferner noch des Namens eines Kulturstaates wert halten will, daß gewisse niederrichtige Presseorgane die kommunistischen Mordtaten bagatellisieren, ja, darüber hinaus sie sogar beschönigen und noch der fassenden bekannten Melodie „Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig“ zu weiteren Gewalttaten gegen Nationalsozialisten geradezu anreizen.

Es geht aber auch ferner nicht länger an, daß die Leitung der Berliner Polizei, deren Methoden, wie wir an anderer Stelle des Blattes eingehend berichten, durch den schändlichen Vorstoß des Berliner Gauleiters bei öffentlicher Gerichtsverhandlung unerbittlich aus Tageslicht gerückt wurden, durch seine Unterstellungen zwischen „krimineller“ und „politischer Schuld“ den Nationalsozialisten, deren Opfer zum Himmel Morden beimist, und zwar im Falle „Kelsen“ nachträglich, obwohl der erste und unter dem frühen Einbruch der Tat maßgebende Bericht des dienenden Offiziers der nicht anders als der Wahrheit die Ehre zu geben, genau präzisiert, wie die Dinge lagen und auch, bis zum letzten Augenblick so und ganz klar, bei der bishigen Niedermachung unserer Sittlerungen - Kameraden, legen, daß die Kommunisten, bei denen jetzt fast täglich Sprengstoff- und Waffenlager gefunden werden, die planmäßig Angreifer waren und daß die Überfallenen bestenfalls sich ihrer Haut wehren, wie dies vor Gott und allen anständigen Menschen ihr Recht ist!

Es trifft sich gut, daß die Polizei in ihren Exekutiv-Organen Gelegenheit hatte, am Sonnabend aber durch praktisches Beispiel die Eigenart des roten Terrors festzulegen an eigenem Leibe zu studieren. Der den Kommunisten in Sobiesldenhäusen gelegte Hinterhalt, bei dem die roten Mordbanditen anfangs auf vermeintliche Nationalsozialisten, auf „getarnte“ Polizei stießen, sollte nun endlich denen, die es angeht, die Augen öffnen. Hier in Sobiesldenhäusen (wir sagen, denn den Fall an anderer Stelle), war das Abgefartete, Mannhafte, Vorbereitete und Bewußte der kommunistischen Bluttat voll und buchstäblich mit Händen zu greifen. Wäre nun die Polizei hier nicht selbst das kräftigste Opfer des roten Überfalls mit Dolchen und Pistolen geworden, sondern wäre sie, wie sonst meist, erst später dazugekommen, als die überfallenen Nationalsozialisten sich um ihr Leben wehrten, hätte die Journale wahrlich wieder mit ihrer perfiden „Objektivität“ von „politischen Zusammenstößen“ geredet, bei denen die Schuldfrage „noch offen“ sei, um dann später, wenn aus Gründen der „Parteilichkeit“ auch eine Anzahl Nazis, die in Notwehr auf ihre Gegner losgingen, dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden sind, den Spieß herumzudrehen und die Zusammenstoßlagen als „Mordbühne“ zu diffamieren. Und gewisse Leute würden dann wieder tiefgründige Unterredungen über die Ausnahme-erwogener „politischer“ Schuld anstellen...

Hier gehts um ganz andere Dinge: Die Leitung der Berliner Polizei hat die Pflicht, die Reichshauptstadt von der blutigen Randplage des kommunistischen Terrors zu befreien, der nun schon brutal und selbstherrlich durch die tagelangen Berliner Straßen rast. Sie hat ferner die Pflicht, dabei das Höchstmögliche rücksichtslos Energie aufzuwenden. Subtile Unterredungen über „politische“ Schuld, deren Wirkungen auf Unbefangene wir hier übrigens nicht näher charakterisieren wollen, interessieren, außer der sozialwissenschaftlichen Journaille, die sie gierig als sensationell und parteiisch ausschaltbare Stichworte benutzt, keinen Menschen! Glaubt die Leitung der Berliner Polizei, aus irgendwelchen Gründen dieser Pflicht nicht gewachsen zu sein, muß das Reich eingreifen.

Die Dinge sind nun zu einem Grade gediehen, daß unseres Erachtens insbesondere Herr General Groener, der letztlich dafür verantwortlich ist, daß nicht offene städtische Zustände in unserem Vaterlande sich häufen, einschreiten muß!

Schluß mit dem kommunistischen Mordterror!

Soll nun etwa eine „politische Schuld“ des gemeindlichen Hütlerjungen darin erblickt werden, daß er in einem Reichsstaats Flugblätter verteilte und - lebte und zu atmen wagte?

Herr General Groener! Wie lange sollen noch waffenlose, junge, blühende Menschen auf dem Pflaster zertrampelt werden, mehrlos abgeschlachtet wie Vieh? Wie lange sollen dann noch die Getöteten, die schuldlosen Opfer, einer schamlosen Geze preisgegeben sein?

Wir können nichts tun, denn uns sind Mund und Hände gebunden! Nun Sie Ihre Pflicht, Herr Groener, und greifen Sie endlich - endlich durch!

Angriff auf die Reichsmark durch Juden und Franzosen

Berlin, 25. Jan. Die Ermittlungen in der Devisenhehler-Affäre haben nach einer Meldung Berliner Blätter ergeben, daß man es bei dem aufgedeckten Fall des Dr. Guthertz und seiner Helfershelfer nur mit einem Auschnitt aus einer groß angelegten Schiebung zu tun hat, die vielleicht sogar politische Hintergründe hat. Man hat nämlich festgestellt, daß der jetzt verhaftete Professor des Bankhauses Singer u. Friedländer mit einem Bankier A. zusammengearbeitet hat, der seit längerer Zeit

in Paris

Schwache Stunde der Erfüllungspolitik

Sie hausieren mit unserem Gedanken

Und die Konsequenz?

Berlin, 25. Jan. Im Himmel herrscht mehr Freude über einen bekehrten Sünder, denn über tausend Gerechte. Vorausgesetzt ist freilich die Bußfertigkeit dieser Sünder und daran lassen es die Erfüllungspolitiker bemängeln. Wer erinnert sich noch, mit welcher Entrüstung man unsere Abweisung des schönfärbischen Ausdrucks „Reparationen“ durch das ferngeleitete Wort „Tribute“ in das Gebiet der hegerischen Demagogie vermischt. Jetzt bekennen sich die Erfüllungspolitiker zu der Wichtigkeit unserer „demagogischen Seheren“. So schreibt der demokratische Zeitungsdienst:

„Das Ziel der heutigen Politik Frankreichs ist die Sicherstellung von deutschen Leistungen, die mit dem Begriff Wiedergutmachung nicht mehr das mindeste zu tun haben, sondern für die Bezeichnung als Tribute die einzig mögliche ist. Diese Erkenntnis gefördert zu haben, nicht nur in Deutschland, wo man sie längst aus bitterer Erfahrung gewonnen, sondern bei den anderen Staaten und Völkern, ist vielleicht

wohnt und zu den Kreisen gerechnet wird, die sich überall dort betätigen, wo ein Angriff auf die Valuta eines Landes in Betracht kommen soll. Diesen Bankier A. hat man in Deutschland schon seit längerer Zeit in dem Verdacht, daß er

gewisse unterirdische Beziehungen zu den französischen Kreisen

unterhält, denen an einem Druck auf die Mark gelegen wäre, und deshalb ist seine erwiesene Zusammenarbeit mit Dr. Guthertz von besonderem Interesse. A. hat sich, wie weiter ermittelt wurde, sehr viel in Deutschland, und zwar bis in die allerjüngste Zeit, aufgehalten. Man forschte jetzt nach ihm, glaubt aber, daß er bei Bekanntwerden der Aufdeckung dieser Devisenhehler-Affäre nicht wieder nach Paris zurückgekehrt ist. Die Ermittlungen der zuständigen Stellen gehen jetzt vor allem dahin, festzustellen, ob und in welchem Umfang noch andere derartige Machenschaften, wie die der Firma Singer u. Friedländer, in Deutschland zum Schaden des Reichs durchgeführt worden sind.

Wie weiter berichtet wird, geben die Nachforschungen der Zollfahndungsstelle in einem anderen Fall schon in einer ganz bestimmten Richtung, daß sich im Augenblick etwas Anderes nicht sagen läßt.

Stellung der SPD. zur Abrüstungs-Konferenz

Herr Rudi Breitscheid, der große sozialdemokratische Außenpolitiker, hat sich demgemäß, der Welt seine Stellung zur Abrüstung und Reparationen bekannt zu geben. Er wählte seiner Größe entsprechend hierzu den Plenarsaal des ehemaligen preussischen Herrenhauses und den Rahmen der „freien Sozialistischen Vorkühle“. Bei der überall zutage tretenden Skepsis bezüglich der kommenden „Abrüstung“ der anderen hielt es Herr Breitscheid für angezeigt, sich auch etwas vorsichtiger auszudrücken. Er forderte daher nicht Abrüstung, sondern die „Wehrgebundenheit“ der anderen. Was es unter Sicherheit heißen soll, wenn die Franzosen Rufen um, sich auf ihren heutigen Rüstungsstand zu binden, - denn darüber wollen sie unter keinen Umständen gehen - bleibt unter dieser Weisheit überlassen. Für Breitscheid ist es wesentlich, zu erklären: „Wenn man für Deutschland Wehrfreiheit verlangt, so halte ich das für verkehrt“. Kein Wunder, daß die Franzosen nichts fehnächtiger begehren, als die Fortdauer des von diesen Ketten getragenen „Systems“.

Außenpolitik um die Reichspräsidentenwahl

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ erfahren, gehen die Bestrebungen, eine Volkswahl Hindenburgs herbeizuführen und zu sichern, weiter. Es hat sich ein kleiner Kreis überparteilicher Persönlichkeiten zusammengefunden, über dessen Zusammenfassung zunächst nichts Näheres mitgeteilt werden soll. Es ist bereits für die nächste Woche mit einem ersten Schritt dieses Ausschusses in der Öffentlichkeit zu rechnen. Warum man einstweilen so geheimnisvoll tut, können wir schlecht verstehen, da man es doch sonst so gut versteht, die Reklametrommel zu rühren. Irgeineine Bedeutung ist dieser Angelegenheit nicht beizumessen, da die Entscheidung von uns bestimmt wird.

England zahlt Tribute zurück

London, 25. Jan. Wie die Bank von England mitteilt, hat sie die Absicht, den gesamten Nettbetrag des im August vorigen Jahres aufgenommenen französisch-amerikanischen Rekonstruktionskredits in Höhe von 30 Millionen Pfund Sterling (ca. 600 Millionen Reichsmark) zum Fälligkeitstermin am 1. Februar zurückzugeben. Die Zurückzahlung werde ohne jede weitere Finanzmaßnahme der Goldreserven der Bank möglich sein.

Diese Mitteilung zeigt, daß sich der Status der Bank von England weiter günstig entwickelt hat und daß man mehr eine Gewähr für das englische Pfund besitzt. Die Bank erhält damit ihre volle Bewegungsfreiheit zurück und ist in Zukunft gegen jeden französischen oder amerikanischen Druck, der auf das Pfund ausübt werden sollte, weitgehend geschützt. Zweifellos wird sich diese Tatsache auch politisch weitgehend auswirken.

Elendszahlen

Die Tatsache, daß in der Reichshauptstadt an einem Tage zehn und mehr Vollgesessenen ihrem Leben durch Freiheit ein Ende gemacht, beleuchtet das erschütternde Bild deutschen Elends. Seit dem Jahre 1931 hat die Zahl der Selbstmorde in Berlin ständig um durchschnittlich 100 im Jahre zugenommen. Ausgenommen eine letzte Schwankung in den Jahren der Scheinblüte, 1931 Menschenleben gingen in den ersten sechs Monaten 1931 sind es nach den bisherigen Feststellungen bereits 942. Altersmäßig gehen sie am höchsten der Anteil der 20-30jährigen mit 370, der 40-50 Jahre alten mit 340 im Jahre 1930. Jünglinge im blühenden Alter die keine Möglichkeit haben, sich eine Existenz aufzubauen, Familienmitglieder im besten Alter, die ihren Kindern das tägliche Brot nicht beschaffen konnten: sie alle gingen diesen Weg der Verzweiflung.

3795 NS.-Studenten in Berlin

Das Ergebnis der Wahlen an der Berliner Universität

Berlin, 25. Jan. Die Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Es wurden insgesamt 5834 Stimmen abgegeben gegen etwa 7000 bei den letzten Wahlen im Jahre 1928. Auf die Nationalsozialisten entfielen 3795 Stimmen, auf die Deutschen und Stahlhelmer 1155, auf die Korporationsliste 840 Stimmen. Da die gewählte Studentenvertretung aus 100 Sitzen besteht, entfallen demnach auf die Nationalsozialisten 65, auf Stahlhelmer und Deutschnationale 20, auf die Korporationslisten 15 Sitze. Der Wahl sind die Sozialisten und Kommunisten ferngeblieben. Die Schließung der Universität hat die Wahl sehr behindert und viele Studenten ferngehalten.

Wieder französischer Märchenerzähler

Paris, 25. Jan. Der Berichterstatter für den Abschnitt „Kriegshaushalt“ in der Kammer, der Abgeordnete Mouilloux-Lafont, sprach am Sonntag in Quimper über Abrüstungsfragen. Selbstverständlich folgte er dabei wieder von deutschen Geheimnistrümpfen, wobei er behauptete, daß sich fünfzehn deutsche Kriegsmaterial-Fabriken, teils von Deutschland selbst geleitet, teils von deutschem Kapital unterstützt, im Ausland befänden. Im übrigen erzählte er dieselben Lügen wie die Senatoren Escard und General Bourgeois.

Paris als Sammelpunkt ausländischer Staatsmänner

Paris, 25. Jan. Paris ist augenblicklich der Sammelpunkt einer ganzen Reihe von ausländischen Staatsmännern, die sich zum Teil auf der Durchreise nach Genf befinden, zum Teil aber auch in Finanzangelegenheiten in der französischen Hauptstadt weilen. Neben den Ministerpräsidenten Griechenlands und Bulgariens, befinden sich die Außenminister Polens, Spaniens, Portugals und Rumaniens in der Seinehadt. Dann wird Rudi Breitscheid auch nicht mehr fern sein.

Eine Reaktion kommt zu Hitler!

In Diefeligen bei Borsheim hatte die Karlsruher SA. vor zwei Jahren einen schweren Straßenkampf gegen eine marxistische Übermacht auszufechten. Dieser Vorfall wurde damals zum Anlaß einer ungeheuerlichen Gehe gegen die NSDAP, genommen und die Marxisten erklärten damals: Diefeligen bleibt rot!

Heute ist es nationalsozialistisch! Im Anschluß an ein Referat des gemeindepolitischen Gauverwalters, Dr. v. Raab, trat der größte Teil der Diefelinger Fraktion „Einheitsliste“ im Bürgerausschuß, die fast genau die Hälfte aller Sitze innehat, zur NSDAP. Über von 26 Gemeinderäten und Bürgerausschussmitgliedern dieser Fraktion kamen 19 auf die Nationalsozialisten. Diefeligen war einmal rot! Die nächste Wahl bringt uns auch dort die Mehrheit.

Stresemanns Vermächtnis

Herr Poincare meldet sich wieder

Paris, 25. Jan. Der ehemalige Ministerpräsident Poincare veröffentlicht am Montag wieder einen Artikel im „Griffleur“, in dem er sich gegen die deutsche Delegation in der Reparationsfrage wendet. Wenn man deutschseits betone, daß die Reparationen auf dem Versailler Vertrag beruhen, und daß dieser wieder Deutschland mit Gewalt aufgezungen worden sei, so vergesse man, daß Frankreich gerade in der Reparationsfrage nicht die Durchführung des Versailler Vertrages verlangt. Es sei lange her, daß Frankreich einen bedeutenden Teil seiner Rechte zu Gunsten seiner Gläubiger abgetreten habe. Ueber die Londoner Konferenz und den Dawes-Plan sei man zum Young-Plan gelangt, der die Vorteile Deutschlands bedeutend verbessert habe. (1) „Ich erinnere mich“, so fährt Poincare in dem Artikel fort, „heuerzeit den Verlust Stresemanns und anderer deutscher Staatsmänner erhalten zu haben. Sie machten aber nicht den Eindruck von Männern, denen man das Meiste an der Sache fehlte. Dr. Stresemann hat sogar seiner

besonderen Befriedigung dadurch Ausdruck gegeben, daß er meiner Frau einen Blumenkorb sandte. Wir haben also in voller Unabhängigkeit und in reiflicher Überlegung ein Abkommen getroffen, in dem io die beiderseitigen Interessen (?) gewahrt waren. Wenn derartige Abkommen Privatleuten werden können, die Staaten dann über irgend etwas einig werden? Was wird aus den Beziehungen der Völker zueinander werden und was aus der Zivilisation? Eine angebene Unterdrückung scheint mir zwischen Staaten ebenso heilig wie zwischen Privatleuten.

Es gibt nicht zwei Ehrlichkeiten, eine die alles erlaubt, andere, die Männer verpflichtet, ihr gegebenes Wort zu halten.“

Herr Poincare vergißt, daß Dr. Stresemann nicht mehr unter den Lebenden weilt. Das deutsche Volk hat keinerlei Interesse daran, auf Grund intimer Beziehungen von Staatsmännern feindlicher Nationen die Seele zu bezahlen.

Sterbendes Handwerk

Von Malermeister C. Barnewold, Bremen

Von dem ungeheuren Sterben, das durch die Kreise des Handwerks geht, erfährt die Öffentlichkeit nur deshalb nichts, weil in mehr als 15 Jahren dieses Berufsstandes, der stets für alle anderen mitbulden und leiden mußte, dieser schon so weit zermürbt ist, daß ihm nun auch die Kraft zum Aufbäumen und zum Appell an das öffentliche Gewissen fehlt.

Die Handwerker waren wohl stets die vornehmsten und kulantesten Gläubiger. Nach Tausenden zählen diejenigen, die seit Jahren kein Geld bekamen, die immer und immer wieder gestundet haben, so daß sie schließlich selbst ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen konnten und als Folge ihrer Güte mitteiligkeit in den Konkurs getrieben wurden.

Die Hauptursache für das ungeheure Sterben des Handwerks ist das heutige Staatssystem, diese marxistische Pest, mit seinen Rabindern und Korruptionen. Das heutige System hat in 13jähriger planmäßiger Zerstörung Deutschlands zum Ruin geführt. Der Staat hat aber die Pflicht, für das Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen, uns zu schützen und zur höchsten Freiheit zu führen; da er dies aber nicht vermag, so ist er für uns wertlos! Was uns aber der heutige Staat aufdrängt, ist die Ausbeutung tiefer menschlicher Verirrung mit unglücklichem Leid, da wir jeden Ertrag unserer Arbeit für den Tributwahnsinn reiflos an die Finanzämter abzugeben haben. Die Finanzämter mit ihren Zwangsmaßnahmen haben mehr Leid, Elend und Selbstmorde auf dem Gewissen als der ganze Weltkrieg. Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volk dem Untergang entgegen geführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. Die ungeheuren Steuern, Sozial- und Einkommensteuern bringen einen Betrieb nach dem anderen zum Stillstand. Die großen Fabrik- und Werksstätten schließen, der Gang der Wirtschaft wird immer mehr und mehr, eine Maschine nach der anderen hört auf, ihre Räder laufen zu lassen. (Alle Räder stehen still, wenn das internationale Bank- und Zudenkapital es will!) Zu Millionen werden die Arbeiter entlassen und die Löhne der früheren Arbeitsstätten gekürzt. Die Juden als Führer der Sozialdemokraten haben mit den marxistischen, irregulären Arbeitern den Zusammenbruch der menschlichen Kultur und damit die Verödung ganz Deutschlands bewirkt herbeigeführt. Bei einer Befreiung Deutschlands von dieser marxistischen Pest wird die ganze Welt aufatmen und die Arbeitslosigkeit wird bald ein Ende haben.

Deutscher Handwerker, trage zu dieser Bewegung bei! Trete ein und kämpfe in der NSDAP. (Hitlerbewegung), der Partei, die die größte Macht hat, um mit der marxistischen Pest endlich abzurechnen. Was heute noch vielen als erforderlich gelten mag, ist in Wirklichkeit die Voraussetzung für unseren Sieg! Gerade in der Krise und den Schwierigkeiten unserer Aufgabe liegt die Wahrscheinlichkeit, daß sich in unserm Kampfe nur die besten Kämpfer finden werden. In dieser Auslese oder liegt die Bürgschaft für den Erfolg! Nur eine kampffähige Bewegung, unter Zugrundelegung einer unerschütterlichen Sicherheit und Festigkeit ihres Programms, wird vom Sieg gekrönt sein. Wer noch zögert, der zögert. Der Sieg liegt nur im Angriff, und weil das Handwerk nicht mit dem Angriff übergegangen ist, mußte es zwangsläufig in solch traurige Lage kommen. Es muß endlich mit dem Unfug aufhören, die körperliche Tätigkeit zu misshandeln. Es darf keine Schande mehr sein, ein ordentlicher wertvoller Handwerker zu sein; wohl aber als unfähiger Parteibuchbeamter dem lieben Gott den Tag und dem deutschen Volke das tägliche Brot zu stellen.

Nur nationale Willenskraft, Freiheitsdrang und höchste Leidenschaft werden die Ketten unserer Sklaverei zerbrechen.

Im ewigen Kampf ist die Menschheit groß geworden und in ewigem Frieden geht sie zu Grunde. Deutsches Handwerk, zeige mit deinen 15 Millionen Gewerbetreibenden, mit deinen etwa 9 Millionen Wählern der Regierung deinen geschlossenen Verteidigungswillen! Wir haben in den 13 Jahren der Republik leider noch nichts von dem Wohlgehen bemerkt, wir haben nichts von dem Streikemangeln Silberstreifen, wir sind aus dem Land ausgesaugt. Fast alle bürgerlichen Parteien haben durch die Grundzüge ihres parlamentarischen Wahlhandels beigetragen zum vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der deutschen Nation. Die vom Reichsführer Brüning als Helfende für die letzten Winter angelagten arbeitssüchtigen deutschen Volksgenossen haben die Zahl von 7 Millionen mehr überschritten. (6 Millionen amliche und über 1 Million Handwerksmeister fordern Arbeit.) Das heutige System, das den freien Volkshüter zum Sklaven erniedrigt, erdrückt die schöpferische Kraft der pri-

vativwirtschaftlichen Verantwortung und unterdrückt die tragende Schicht des Volkes, den Mittelstand. Das Handwerk hat sich in jahrhundertelanger, unübertroffener Kulturarbeit den Dank der Welt teuer verdient. Der größte Teil des Handwerks kämpft schwer um seine Existenz und viele, die bis zur völligen Erschöpfung arbeiten, Nichtiges leisten, werden obendrein zum Bettler. Der größte Fleiß wird nichts nützen, solange die Regierung durch eine rigorose Gesetzgebung jeden Ertrag der Arbeit wegkneutert und uns bis aufs Blut auspumpert. Alle Nachkriegsregierungen haben dem Handwerk die untragbarsten Lasten aufgebürdet; aber keine konnte Arbeit und Brot schaffen. Wenn das deutsche Volk zum Hungertode verurteilt ist, dann sollen auch alle hungern. Es darf nicht angehen, wo Millionen deutscher Volksgenossen kein Brot mehr haben, daß sich die neuen Machthaber aus dem Ertrage unserer Arbeit geradezu wohlfühnige Gehälter und Pensionen zahlen lassen. Diese neuen Machthaber, die Novemberrevolutionäre, schrieben damals mit großen Lettern:

„Die Republik garantiert jedem Arbeit und Brot, alle ungerechten Steuern werden beseitigt, Schieber und Wucherer werden nunmehr ihrer gerechten Strafe entgegengeführt. In der Republik ist kein Platz für Korruption, ein allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Aufstieg wird die Folge sein. Durch Freiheit, Schönheit und Würde. Es lebe die Republik.“

So haben die Versprechungen dieser Maulhelden von 1918 aus.

Deutsches Handwerk, verlange jetzt von dieser Novemberrepublik Arbeit und Brot! Trete ein in die NSDAP. (Hitlerbewegung), der wahren Volksbewegung, entstanden durch die grauliche Not und den Terror des Marxismus.

Es ist die höchste Zeit, deutsches Handwerk, daß du endlich wach wirst, denn die marxistische Pest mit ihren unerfüllbaren Rabindern lacht Volk und Staat tyrannisch auf Grunde.

Deutsches Handwerk, erwache!

Amerikanische Wirtschafts-sabotage

Der unerhörte Mißstand antlicher Sabotage der deutschen Wirtschaftslage ist eine erschütternde Tatsache. Immer wieder muß man feststellen, daß irgendeine offizielle oder halboffizielle Stelle nicht nur fremde Waren kauft und vernichtet, sondern vielmehr selbständig und finanziell für deren Absatz in Deutschland eintritt. Durch mehr gereinigte geschäftliche Propaganda ist es den amerikanischen Fordern gelungen, dem offiziellen Deutschland in die offenen Arme zu rutschen. Die Galtung der Großindustrie der U. S. A. haben u. a. spielt dabei eine gleich unheimliche Rolle wie die Finanzierung mancher Fordabsichtlichen mit amtlichen Geldern.

Nun schließt sich die deutsche Großstadtverwaltung Altona dem Reigen der Fordischen Wägen an. Ihrem Magistrat blieb es vorbehalten, ohne an führende deutsche Firmen eine Angebotsanforderung ergeben zu lassen, zwei Omnibus-Chassis von dem amerikanischen Fabrikanten Ford zu kaufen. Von dem zuständigen Senator Schöning wird die Magistratsbeschlüsse mit geradezu vorbildlicher Geistesstärke als unbedingt erforderlich und nötige „Ermessensmaßnahme“ hingestellt; bezeichnend für den Weltbild dieses Verwaltungsbeamten. Des weiteren bezeich-

nend für die Geistesverfassung der für diesen Magistratsbeschlüsse verantwortlichen Warden. Tatsache ist und bleibt, daß durch diesen Einkauf einer deutschen Behörde im Ausland, wiederum 5-6 Arbeiter brotlos gemacht sind. Dieser hohen Verwaltungsstelle ist scheinbar unbekannt, daß gerade beim Fordwagen in Deutschland bezogenen Ausstattungsgegenstände um 865 Prozent vom Gesamtpreis der betreffenden Fahrzeugart ausmachen. Von den für die eigentliche Automobilfabrikation aber allein in Frage kommenden konstitutiven Teilen bestehen in diesem nur 688 von 100 aus deutschem Material. Weshalb hält es der Magistrat Altona nicht einmal für nötig, sich über diese wichtigen Fragen zu orientieren und weshalb tätigt er den Einkauf im Ausland, ohne bei einer führenden deutschen Fabrik zurückgefragt oder sich Zahlenmaterial von dort erbeten zu haben? Der Magistratsbeschlüsse zur Anschaffung von Fordautomobilen müßte unter allen Umständen in seiner Durchführung verhindert werden. Ist dieses nicht möglich, so ist zumindestens eine unbedingte Erfordernis des Tages, da sich die Benannten mit ihrem Beschluß auf deutschen Volksgenossen schwer verdingt.

Groener gegen Frankreich

Paris, 25. Jan. Reichsminister Groener genährte dem Berliner Vertreter der „Volks-Zeitung“ eine lange Unterredung. Groener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags erfüllt und daselbe Recht auf Sicherheit wie jeder andere Staat habe. Groener verwies jedoch darauf, daß die nächsten Nachbarn Deutschlands in der Lage seien, sofort zehn Millionen Mann zu mobilisieren. Deutschland könne diesen zehn Millionen nur 100 000 Mann für das Landwehr und 15 000 Mann für die Marine im Kriegsfall entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits 30 Jahre alt sei und daher keine militärische Ausbildung mehr erhalten habe. Marshall Foch habe im Januar 1927 bestätigt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist. Zu den französischen Behauptungen über die deutsche Geheimhaltung sagte Groener, in der französischen Wochenschrift sei ausdrücklich festgestellt, daß ein Vergleich zwischen den Seereschulden der Staaten unmöglich sei. Man habe festgestellt, daß 214 000 französische Rekruten ebensoviel Kosten wie 5100 englische Rekruten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Befolgung erhielten. Das gleiche gelte auch für Deutschland. Da in Deutschland nur einige Privatfirmen ausschließlich für die Reichswehr Kriegsmaterial herstellen dürfen, ein und derselbe mit Kriegsmaterial verboten sei, sei es verständlich, daß Deutschland für jedes Stück Seereschulden sehr viel mehr bezahle als Frankreich mit seiner mächtigen Kriegsindustrie. Trotzdem sei der deutsche Seereschuldenstand seit 1928 ständig herabgesetzt worden, während der französische sich seitdem dauernd erhöht habe. Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von Geheimhaltung sprechen. Zu den Ausführungen des Generals Bourgeois unterbrach Groener, daß es in Frankreich heute mehr Offiziere und Unteroffiziere gebe, als die Reichswehr insgesamt überhaupt Mannschaften und Offiziere habe. Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Völkervernichtung erzogen. (Leider!) In Deutschland gebe es keinerlei militärische Jugendver-

bände, während man in anderen Ländern in großen Organisationen im Givernachmen mit dem Kriegsministerium die Jugend auf den Militärdienst vorbereite.

In seiner Eigenschaft als Innenminister habe er die Pflicht, die Elemente zu bekämpfen, die die Atmosphäre zwischen Deutschland und dem Ausland vergiften, indem sie „Entstellungen“ über angebliche Vertragsverletzungen machten. „Bisher“, so unterbrach Groener, „hat sich noch nie ein französischer Pazifist bei mir eingefunden, um mir Entstellungen über die französischen Rüstungen zu unterbreiten. Dagegen sind es die angeblich deutschen Pazifisten, die die engen Beziehungen zum französischen Generalstab und den nationalen Verbänden auf der anderen Rheinseite unterhalten.“

Wir verzichten auf sie!

Braunschweig, 23. Januar. Der Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig hatte bei der Reichsgründungsfeier Kritik an dem Verhalten der Studentenschaft im Falle Stojanoff geübt und zum Ausdruck gebracht, daß Politik in der Hochschule nichts zu suchen habe. Der allgemeine Studentenausschuss hat darauf in einem „offenen Brief“ an den Rektor erklärt, die Zeiten seien zu ernst, als daß man heute noch veralteten Ansichten folgen und die Politik der Hochschule fernhalten wolle. Zum Fall Stojanoff stellte die Studentenschaft fest, daß sie sich nach der „unangenehmsten Unternehmung“ des Falles durch Professor Wahlenpfort gezwungen sah, die Studentenschaft kundzutun, daß ihr jedes Mittel recht sei, die deutsche Ehre zu verteidigen. In der Beratung über diesen offenen Brief kam es in der Aula-Sitzung zu ersten Vermittlungen zwischen dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und den Vertretern der Braunschweiger Korporationen, die gegen den Vorstand der Studenten-

schaft Stellung nahmen und das Vorgehen gegen den Rektor ablehnten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verließen die Vertreter der Korporationen mit Ausnahme der Sängerschaft Franconia Braunschweig die Ausführungen des Präzisionsführers der NSDAP, die Sitzung und schloßen jede weitere Mitarbeit in der Braunschweiger Studentenschaft vorläufig ab. — Wir verzichten, und merken uns den Fall!

Gefängnisneuterei in England

Die ungeordnete Gefängnisse

London, 26. Jan. Ein Verlautbarung des Innenministers über die Vorgänge im Dartmoor-Gefängnis bekräftigt die Behauptung von der Erschließung mehrerer Gefangener sowie von dem Entweichen einiger Straflinge. Von den verletzten Gefangenen befielen sich zwei in Lebensgefahr.

Die Tatsache, daß nach der Neuterei Welter in den Gefängnissen gefunden wurden, wird vom „Daily-Telegraph“ als Beweis der unbehaltbaren Zustände in Dartmoor angeführt. „Times“ meint, man sollte glauben, daß sich die Vorfälle in einem anderen Zeitalter oder mindestens in einem anderen Lande als England ereignet hätten und verlangt, daß das Ergebnis der Untersuchungen in allen Teilen voll veröffentlicht werde.

Die ersten Anzeichen der Unruhen zeigten sich schon in den frühen Morgenstunden des Sonntags, als die Gefangenen ein fürchterliches Geheul anstimmten, das sich von Zelle zu Zelle fortplante. Beim Frühstück trommelten sie mit Fingern und Gabeln auf die Tische und besaßen sich darüber, daß die Gefangenen nicht geduldet sei. Einige warfen den Wächtern ihre Portionen ins Gesicht. Auf dem Wege zur Kirche kam die Neuterei zum offenen Ausbruch. Die Gefangenen stimmten die Internationale an und führten sich plötzlich auf die Wächter, die sie mit Nägeln, Eisenstücken, Stuhlbeinen und Stöcken angriffen. Ein Teil verhielt sich jedoch neutral, andere stellten sich sogar auf die Seite der Wächter. Nachdem die Neuterei die Zellen der Schwerverbrecher aufgebrochen hatten, führten sie das Verwaltungsgebäude, warfen die Scheiben ein und schlugen sämtliche Einrichtungsgegenstände kurz und klein. Darauf legten sie das Gebäude in Brand. Das Verwaltungsgebäude brannte vollkommen nieder.

Bei Bekanntwerden der Neuterei wurden in der Kaserne von Crownhill 200 Soldaten sowie zwei Maschinengewehrstellungen mobilisiert und marschfertig aufgestellt. Ihre Abfertigung wurde jedoch unterlassen, da die Neuterei noch vorher von der Polizei unterdrückt werden konnte. Das Gefängnis steht nun unter schärfster Bewachung von über 100 Polizisten. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 200 000 Mark geschätzt.

Vorwärts in den Betrieben!

Bei den Betriebsratswahlen am Osterpreiwerk A.G. erhielten die Nationalsozialisten 5 von 7 Stimmen des Angestelltenrates und drei der gleichen Zahl im Betriebsrat. Der Nationalsozialist Thal wurde zum Vorsitzenden des Angestellten- und Betriebsrats gewählt. Ein Heiler der marxistischen Kräftebrüder nach dem andern wird gestürzt, bis der letzte parteipolitische Mißbrauch des Gewerkschaftsterrors gebrochen ist.

Litauische Schikane

Einem Schwerkranken der Kuranstalt in Deutschland verweigert

Königsberg, 25. Jan. Der litauische Gouverneur des Memellandes, Werks, der erst kürzlich dem Vizepräsidenten des Memelländischen Landtages, Schmitz Meyer, und dem Landesdirektor A. D. Vorobak die Ausreisegenehmigung zur Teilnahme an der Tagung des Völkerbundesrates nach Genf verweigerte, hat nunmehr dem schwer kranken litauischen Nittergutsbesitzer Gubba die Ausreisegenehmigung zum Kuraufenthalt in Bad Salzbrunn verweigert, obwohl Gubba zwei ärztliche Gutachten vorlegte und nachweisen konnte, daß eine größere Anzahl führender litauischer Politiker in ärztlicher Behandlung in Deutschland stehen.

Drummonds Rücktrittsgesuch vor dem Völkerbundsrat

Genf, 25. Jan. In einer streng geheimen Sitzung hat der Völkerbundsrat am Montag den Schreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, an den amtierenden Vizepräsidenten Kenntnis genommen, in dem Drummond seinen Rücktritt zu Ende dieses Jahres erklärt. Das Schreiben ist sodann Gegenstand eingehender Beratungen des Völkerbundsrates gewesen.

Bestellt die BNZ!

Aus Bremen Stadt und Staat

Einkäufe nicht aufschieben

Von der Kleinhandelskammer und der Gewerbetreibendenkammer wird geschrieben:

Einzelhändler und Handwerker berichten den Kammern, daß heute vielfach in breiten Kreisen der Bevölkerung eine erhebliche Kaufzurückhaltung zu verzeichnen sei, die offenbar zum großen Teile ihren Grund darin habe, daß im Publikum die Erwartung bestehe, es würde in der letzten Notverordnung noch mit weiteren erheblichen Preissteigerungen gerechnet werden können. Hierzu ist darauf hinzuweisen, daß zwar bei verringerten Einkommensverhältnissen der Bevölkerung eine Anpassung der Preisbildung wünschenswert und notwendig ist. Nicht bekannt werden darf aber, daß eine solche Anpassung bereits in weitem Umfang vollzogen ist. Schon lange vor Erlass der Notverordnung sind auf vielen Gebieten wesentliche Preissteigerungen vorgenommen und auch der Reichskommissar für Preisüberwachung hat dies bei Übernahme seines Amtes in einer Preisverlautbarung für Textilien (Preissteigerungen der gewerblichen Textilien) und Schuhe ausdrücklich anerkannt. Auf der anderen Seite ist nicht außer acht zu lassen, daß am 1. Januar eine nicht unerhebliche Erhöhung der Umsatzsteuer in Kraft getreten ist, die unter dem Gesichtswinkel der erlittenen Preissteigerung mindehens bedenklich stimmen muß. Die Kammern richten daher an die Bevölkerung die Bitte, sich bei ihren Einkäufen und Auftragserteilungen nicht durch Erwartungen täuschen zu lassen, die wirtschaftlich nicht erfüllbar sind.

Satzprüfungsstermin im Verfahren gegen G. K. Kahlen

Unter dem Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Dr. Töde findet zur Zeit eine Untersuchung über die Satzstellung von G. K. Kahlen statt. Der Presse wurde ein gefälliger Antrag auf Zulassung abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß es sich hier um einen Teil der Voruntersuchung handle, die wie das Ermittlungsverfahren überhaupt, nicht öffentlich sei.

Beizugene Richter sind Dr. Oster und Dr. Segelken. Die Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Dr. Dreßler und Dr. Wede. Als Verteidiger sind in dem Verfahren, das zwei Tage in Anspruch nehmen wird, die Rechtsanwälte Dr. Kulenkamp, Pauli, Dr. Liffjusch und Dr. Alsbach, Berlin, tätig.

Die Entscheidungen des Oberverwaltungsamtes sind bindend für das Gericht.

Summe wieder kommt es vor, daß Arbeitnehmer vorübergehend oder dauernd beschäftigt werden, ohne daß sie zur Sozialversicherung angemeldet werden. Solange das Arbeitsverhältnis dauert, sind beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zufriden. Bei einer Entlassung verlangt dann aber der Arbeitnehmer die für das Arbeitsamt nötige

Teuerungs- und Indexzahlen für die Stadt Bremen

Die Lebenshaltungskosten für den vierköpfigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie, bestehend aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und einem halben Jahren, berechnet nach dem Wertigkeitsschema zur Reichsteuerungsstatistik, das nur einen Gradmesser bedeutet und nicht etwa das Existenzminimum angibt, stellten sich wie folgt:

	1931	1932
	November-Teuerungs-Indexzahlen 1931	Dezember-Teuerungs-Indexzahlen 1931
1. Ernährung	90,37 125,0	89,76 124,2
2. Heizung und Beleuchtung	8,31 111,2	8,31 111,2
3. Wohnung	37,50 125,0	37,50 125,0
4. Bekleidung	18,54 143,2	17,29 133,5
5. Sonstiger Bedarf einschl. Verkehrsausgaben	25,31 191,0	24,96 188,4
zusammen 1 bis 5	180,53 132,4	178,32 130,7
zusammen 1 bis 4	155,22 126,0	153,36 124,5
zusammen 1 bis 3	136,68 124,0	136,07 123,5

Bremen, den 25. Januar 1932.

Statistisches Landesamt Bremen.

Bekleidung. Regelmäßig verweigert der Arbeitgeber aber die Herausgabe des Scheines. Er weiß nämlich, was ihm droht, Nachzahlung aller Beiträge und möglicherweise auch ein Verfahren wegen Betruges vor dem Strafgericht.

Der Gemüthlicher B. hatte Jrl. M., wie er sagt, für Essen und Trinken befristet. Die Angestellte befreit dies, sie habe fünf Jahre hindurch den Tag 3.50 bis 4.— RM bekommen, was auch der Fall gewesen sein würde, denn es wurde schon ein Verfahren zu Ungunsten des Gemüthlichen entschieden. Das Versicherungsamt hat ihn verurteilt, für die ganze Zeit, in der das Mädchen beschäftigt wurde, die Beiträge für die Invalidenversicherung nachzahlen. Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid wurde verworfen. Wesentlich ist, daß das Reichsfinanzgesetz auch für den Straßenhandel, den betreibt auch B., Gültigkeit hat.

Trotz der Betreibung: „Mit bestem Gewissen kann ich es nicht verantworten, dem Mädchen die Bekleidung zu geben“, wird B. verurteilt, den Schein auszustellen. „Sämtliche Behörden und Gerichte sind verpflichtet, der Entscheidung des Oberverwaltungsamtes zu folgen“, so begründete Richter Dr. Pries das Urteil. Zeitiggestellt soll noch werden, wie lange die versicherungspflichtige Tätigkeit gedauert hat.

Die Parteien müssen wissen, welches Gericht zuständig ist

Der Angestellte B. hatte Schulden bei der Firma K., die einen Pfändungsbefehl gegen B. erwirkte. Mit dem Erlaß des Gebots, soweit es den pfändungsfreien Teil übergriff, einzubehalten, ging die Befehl an die Firma K. bei der B. als Provisionsreisender angestellt war. Pfändungsfrei sind 45 RM wöchentlich, von dem darüberhinausgehenden Teil des Einkommens sind zwei Drittel pfändbar.

Der für die befallene Firma erscheinende Vertreter wandte ein, daß der Angestellte vor der Pfändung unterworfenes Einkommen habe, außerdem würden ihm Vorschüsse

für ein gewährtes Darlehen von 185 RM abgezogen. Kaufend gewährte Vorschüsse werden ergriffen von der Pfändung, hier aber war der Vorschuß vor der Pfändung gegeben, er galt also als Schuld, die abgetragen wurde. Außerdem sei das Gehalt, das im Oktober 60 RM wöchentlich betrug, jetzt soweit gesunken, daß es unter der pfändungsfreien Grenze liegt. Der Angestellte ist sechs Jahre bei der Firma tätig, hat also Jahre hindurch ein Einkommen gehabt, das pfändbar war. Es kann aber der Anspruch des Klägers erst seit dem Tage der Pfändung, seit dem 19. Juni 1931, geltend gemacht werden. Ein Vorschlag des Richters, nach dem 5 RM für den Vorschuß wöchentlich vom Gehalt abgerechnet werden und der möglicherweise übrige Teil, soweit er pfändbar ist, dem Kläger zugesprochen werden soll, findet keine Zustimmung, weil jede Partei ihre eigenen Kosten tragen soll.

Die entstandenen Kosten sind ziemlich hoch, weil zunächst das Amtsgericht verhandelte, das sich erst nach einigen Terminen für unzuständig erklärte (!) Mit Recht ist der Kläger unumtätig über das für diese Termine unumtätig herausgeworfene Geld. Er ist der Ansicht, daß das Amtsgericht schon im ersten Termin seine Unzuständigkeit habe ansprechen müssen. Aber so ist das im Zivilverfahren, ehe richtig verhandelt wird, sind verschiedene Termine angelegt, wo nur die an dem Tage zuständigen Anwälte des Anwaltsartells anwesend sind, die nach Entgegennahme oder Überreichung von Schriftsätzen den Prozeß vertragen lassen. Kostenpflichtig sind auch diese Termine. Wenn nun auch die Kartellanwälte sich nicht so in die Sache zu vertiefen brauchen, daß ihnen die Erkenntnis aufging, welches Gericht zuständig war, so hätte doch der eigene Anwalt seiner Partei den Weg weisen müssen, den sie zu gehen hat. „Denn“, so bemerkte der Vorsitzende, „die Partei muß sich selbst überlegen, welches Gericht sie anrufen hat.“ Also müssen hier die Kosten von beiden Parteien getragen werden.

Da eine Einigung nicht zustande kommt, soll der Chef des B. eine genaue Aufstellung machen, was B. verdient, wieviel ihm für

Darlehen usw. abgezogen wird. Dem Kläger wird aufgegeben, den Pfändungsbefehl beizubringen, damit über die Angelegenheit entschieden werden kann.

Das Ganze ist ein Streit um des Kaisers Bart, denn wenn der Schuldner nicht soviel verdient, daß überhaupt gepfändet werden kann, dann bleibt das befriedigende Urteil wirkungslos. Höchstens kann der Kläger sich für einige vergangene Monate beim Inhaber der Firma schadlos halten.

Olympiasportler, Techniker und Wissenschaftler fahren nach Neuporf. Mit dem Dampfer „Samburg“ ist Freitag die deutsche Eishochseemannschaft für die Winterolympiade nach Neuporf gefahren: Dörfer, Reinhold, Raeder, Kömer, Heinrich Strobl, Leopold, Schöbtle, Kleeberg und Koff und Wall werden auf der diesjährigen Winterolympiade die deutschen Farben vertreten. Mit dem gleichen Dampfer führen u. a. Dr. Karl Kratzen, Geschäftsführer der Seppelwerke, Altona, Ohio, Ernst Vier, deutscher Meister im Eiskunstlauf, Berlin, Dr. Buch, vom Gesundheitsamt, Berlin, Dr. Carl Großmann von der Miroslaim Commission International Counsel, George Cherry, Good Year Pappeln Corporation, sowie Universitätsprofessor Dr. Karl Victor, Gießen, nach Neuporf ab.

Vorgen. Für den Anwärter auf die Deutsche Meisterschaft im Weltgewicht (bis 66,678 Kilo) Hans Wiefer, Bochum, der am 5. Februar im Rahmen des 1. Stadion-Boxabend im Casino auf den Socken starten soll, ist jetzt der Gegner gefunden worden: Max Matthäus, Hamburg, ein mit allen Waffern gewachsener Kämpfer. Seine tritt- und finstereckige Kampfmacht muß ihn über die gefährlichen Situationen hinwegstellen, die der rückfällige Richter Wiefer genossenschaftsmäßig zu schaffen verheißt. Vorgen Richter ist die richtige Markierung für den Kampf Matthäus gegen Wiefer.

Auch der 1. Kampf für den 5. Februar ist jetzt perfekt geworden durch die Verpflichtung der beiden Halbschwergewichtler (bis 79,373 Kilo) Edu Hiltebus, Bremen, gegen Gerhard Vredow, Berlin. Damit steht das ganze Kampfprogramm fest mit:

1. Federgewicht (bis 57,152 Kilo) Harry Stein, Berlin gegen Ernst Thriene, Hannover;
2. Weltgewicht (bis 66,678 Kilo) Hans Wiefer, Bochum gegen Max Matthäus, Hamburg;
3. Mittelgewicht (bis 72,574 Kilo) Gipsy Trollmann, Hannover gegen Hein Buchmann, Köln;
4. Halbschwergewicht (bis 79,373 Kilo) Edu Hiltebus, Bremen gegen Gerhard Vredow, Berlin.

Als technischer Leiter ist E. Firchow, Berlin, bestimmt. Der Delegierte der Sportbehörde Deutschlands, ebenso der Ringrichter werden noch benannt. Alle Kämpfe geben mit sechs Unzen schweren Handschuhen über acht Minuten von je drei Minuten, mit je einer Minute Pause. — Der Vorverkauf ist heute an verschiedenen Stellen eröffnet. Auskunft erteilt die Stadionverwaltung, Stadiontribüne am Osterdeich, Zimmer 103, Sanja 406 73.

Zielnut
EINE DEUTSCHE BEWEGUNG
VON E. CZECH-JOGHBERG

Es entzündet aber doch Zellen. Die jungen Soldaten schwärmen davon, zu kämpfen. Es letzten das Vaterland auf ihre Fahnen. Zu allen fanden sich drei Reichswehrprofessoren, frische Kerle, die sich in der Nationalsozialisten bekannnten. Und sich freuten, wenn ein Reichswehrprofessor wieder von einem großen Vortrage predigen durfte.

Da wurde den dreien der Prozeß gemacht, jener furchtbare Prozeß, von dem das „Berliner Tageblatt“ sagte: „Das war die größte Neffende, die man für Hitler machen konnte.“

Es war noch mehr als das. Es geschah, daß sich die Verantwortlichen Dinge sagen lassen mußten aus dem Munde junger, unbedenklicher Menschen, daß einem ganzen Volke die Schamröte ins Gesicht stieg.

Unter der Anklage des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats standen Oberleutnant Wenst, Leutnant Scheringer, Leutnant Lubin.

Die Reichsgerichtsräte des Leipziger Reichsgerichts in der roten Robe. Die ganze deutsche Presse mit gezückten Füllfederhaltern. Das Reichsinnenministerium, also der Staatsanwalt, in der Berlin des Staatssekretärs Dr. Zweigert.

Die Angeklagten sind nette Menschen. Es wird nicht schwer sein, sie zur Nation zu bringen.

Aber schon beim ersten Verhör schnell der

eine auf: „Ich kann mir eine andere als eine nationale Armee gar nicht denken!“

Stimmungen beim Vorlesenden: „Dachten alle Kameraden so?“

„Wir dachten natürlich alle so.“

Das Publikum, zusammengeedrückt in den Pflöcken, bricht in Jubel aus. Er hat keinen leichten Stand, der Herr Vorlesende.

Aber auch mit den Jungen geht es nicht in gewöhnlicher Weise. Da ist ein junger feiner Burleske, ein Leutnant Winger von der achten Batterie des Artillerieregiments in Hannover. Der gibt an, die Angeklagten hätten ihn gefragt, ob er nicht ein bißchen Propaganda machen wollte für Hitler . . .

Das Innenministerium antwortet: Also . . . jetzt haben wir den Beweis, jetzt ist die Todlinde erwiesen.

Da hätte Lubin gesagt, die Reichswehr müßte es wissen, daß sie für die nationale Idee da sei, und daß sie auf nationale Verbände nicht zu schließen brauche, denn die seien keine Feinde des Volkes.

Der Vorlesende hat jetzt schon einen leichten Stand. Befriedigt fragt er den Leutnant: „Was, Herr Leutnant, haben Sie sich denn bei diesen Worten des Angeklagten Lubin gedacht, bitte?“

Da kommt die Antwort, frisch von der Leber weg: „Ich dachte mir, Gott sei Dank gibt es Leute, die gegen die Nazisiten und die mehrfeindliche Einstellung etwas tun wollen.“

Namenlose Verblüffung. Lachen und „Bravo“ im Auditorium.

Mit diesem Jungen war es also nichts. Aber mit einem Male war eine Einheitsfront aller Jungen da, nämlich gegen die Methoden des Untersuchungsrichters.

Dann spricht der Oberst Beck des Artillerieregiments Nummer 5.

Es kommt erst zu einem kurzen Gefecht, dann aber schreit es durch den Saal: „Daß man sich erhebt, Offiziere durch Polizeibeamte verhaften zu lassen, die in die Kaserne eindringen, angeht die Mannschaft, das ist denn doch das Schmachlichste, was ich erlebt habe.“

Da tobt der Saal.

Und wieder die Verhaftung der Offiziere! Der Oberst poltert: „Während einer Offiziersinspektion wurde die unerhörte Verhaftung vorgenommen!“

Ich protestierte auf das energischste. Fordernd die Befehlsabgabe der Gründe. Aber man erwiderte mir, dem Kommandeur der beruflingsimpfen Offiziere, zu antworten. „Erst wird verhaftet, dann wird der Grund angegeben!“

Sauptmann A. D. v. Pfeffer wird vernommen.

Der Vorlesende Baumgarten: „Kommt es oft vor, daß Reichswehrprofessoren bei Ihnen erscheinen?“

„Ja. Sogar in größtem Umfang. Mir ist das selbst peinlich. Aber eine Truppe, die kriegerisch etwas leisten will, sucht eben selbst den Anstoß an Verbände, die den Wehrgeanken propagieren. Unsere Partei ist wehrverbunden mit der Reichswehr. Wir wollen das selbe Ziel erreichen. Der Sinn des Geistes ist die Verteidigung des ganzen Volkes. Das ist bei den gegenwärtigen Umständen aber nicht möglich.“

Der Angeklagte Scheringer: „Ich habe in den Instruktionstunde meinen Leuten gesagt, der Wehrgeanke müßte ins Volk getragen werden. Die Reichswehr muß den Grundstoß bilden zu einer Armee, mit der wir wieder frei werden.“

Ein andermal derselbe Angeklagte: „Mit dem Wort „nationalsozialistisch“ meinte ich

(in meinem Artikel in „Völkischen Beobachter“), daß sich die Armee zu jenem Teile des Volkes bekennen müßte, der nicht politisch ist, sondern wehrhaft.“

Dann gerät Leutnant Lubin in ein Geplänkel mit dem Vorlesenden.

Der blüht auf: „Halten Sie denn jeden, der politisch oder marxistisch eingestellt ist, für einen Vaterlandsverräter?“

Lubin ruft: „Seitigen Tages — ja!“

Andere Szenen. Der Oberst Scheringers wird vernommen. Was er denn zu dem Artikel seines Offiziers in „Völkischen Beobachter“ sage?

Der Oberst platzt heraus: „Wehrlich habe ich mit dem verstorbenen General Reinhardt gesprochen, der steht doch sicherlich nicht im Verdachte des Hochverrats und Umtriebs. Nach seiner Meinung hatte Scheringer nicht unrecht!“

Es war peinlich, sehr peinlich sogar, aber es ließ sich eben doch nicht vermeiden: Man mußte Hitler selbst als Zeugen vernehmen.

„Er wird eine agitatorische Rede halten!“ ängstigten sich die Herren vom Reichsinnenministerium.

Die Polizei murrte. Sie hatte viel zu tun. Am 25. September war der Platz vor dem Reichsgerichtsgebäude schwarz von Menschen.

„Sittler soll kommen!“ sagte jemand.

„Sittler!“ schrie die Polizei. Drängte mühsam das Volk soweit zurück, daß es eine Gasse gab.

Es war keine einfache Sache. Da war wahrhaftig der Polizeiforbon schon durchbrochen, und die Menge stürzte auf die Rampe: „Sei Sittler!“

Unterstützung kam heran. „Sittler!“ . . . die Rampe wurde wieder gefüllt. „Sei Sittler!“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Bremen

Deutschheit der Brüder Kahusen

Die von der gesamten bremischen Öffentlichkeit und darüber hinaus von der deutschen Wirtschaft mit lebhafter Spannung erwartete Verteidigungsschrift des früheren Vorstandes der Nordmölle, G. C. Kahusen, wird am 31. Januar erscheinen. Die Presse wird die umfangreiche und jedenfalls aufschlußreiche Schrift bereits am Donnerstag, den 28. Januar, veröffentlichen können, und man darf annehmen, daß die Publikation besonders im Hinblick auf den dieser Tage bekanntlich überraschend herausgegebenen dritten Bericht des Konfessionsrats und die kritische Erörterung der Danabank auf breitetes Interesse stoßen wird, zumal man erwartet, über die Ursachen des für die deutsche Wirtschaft so katastrophalen Zusammenbruchs der Nordmölle Aufschluß zu erhalten.

Der Königin-Luise-Bund schreibt uns: Sonnabend, 30. Jan., 20 Uhr, Verlesung der Stahlschmelz-Gesellschaft in der Landst., Volkshaus. Der Besuch wird empfohlen. — Dienstag, den 2. Februar, 20.30 Uhr, Magdeburger Hof, a. d. Weide, Monatsversammlung und Verpflichtung der älteren Kameradinnen. — Mittwoch, den 15. Februar, 20.30 Uhr, Verlesung und Vortrag der Landesverbandsführerin Frau Ralm-Schmidt und Verpflichtung der Jugend im Magdeburger Hof, a. d. Weide.

Goethebund. Am Montag, 1. Febr., erhalten die Mitglieder des Goethebundes im Stadttheater als 6. Vorstellung die Erläuterung des neuen Schaubiels von Kolbenheyer: „Jagt ihn — ein Mensch“. Die vorjährige Aufführung von Kolbenheyer „Brüder“ liefte noch in guter Erinnerung. Kartenverkauf: Donnerstags von 17 bis 19.30 Uhr im Verein Nordwärts, Landstraße.

„Hausatenwerke“ A.-G., Kaffee- und Schokoladenfabrik, Bremen. In der Generalversammlung der Schokoladenfabrik wurde einstimmig die Abrechnung per 30. 9. 31 genehmigt, wonach sich der Verlustvortrag vom Vorjahre in Höhe von 51.578 RM. auf 43.392 Reichsmark erhöht. Weiter wurde der fahrgemäß ausstehende Aufsichtsratsvorsitzende wiedergewählt und eine Satzungsänderung bezüglich der Zantiensteuer für den Aufsichtsrat vorgenommen.

Gaßpiel Indischer Hindus im Stadttheater. Der Vorverkauf für das am Dienstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, stattfindende Gaßpiel Indischer Hindus ist heute eröffnet. (Siehe Anzeige.)

St. Ansgarikirche. Die nächste Zusammenkunft von Jung-Ansgari findet am kommenden Montag, abends 8 Uhr, im Gemeinderat statt. Thema: Christentum und Deutschtum. (Waffel Wode.)

Rettung Schiffbrüchiger. Die Rettungsstation Sommerfeld der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet: Am 25. Januar von einem Segelschiff aus Goosfle, gestrandet auf der Wellenplatte, zwei Personen durch das Motorrettungsschiff „Weta Hartmann“ der Station gerettet.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba (1) 6.— unverzollt. Roggen: Nordrussland 4.85 unverzollt. Gerste: Donau 4.85 unverzollt; Russen 4.90 unverzollt. Hafer: Rumm. Weizen 56-7 Kilo 8.70, do. 54-5 Kilo 8.55, do. 51-2 Kilo 8.35. Mais: La Plata 8.65 verzollt. Donau Galiz 7.80 verzollt. Tendenz: Aufzug.

Ausbesserungsarbeiten an der Hemelinger Schleuse

Wanderer wird auf seinem Spaziergang zum Welterwehr neugierig einen Blick in die leergepumpte kleine Schleuse werfen haben. Doch es wird ihm nicht geglückt sein, zu erkennen, was dort gemacht wird.

Als im Sommer 1931 Unbittigkeiten an der Mauer zwischen der großen und kleinen Schleuse festgestellt worden waren, hielt es die Wasserstraßendirektion Bremen für erforderlich, sofort umfangreiche Reparaturarbeiten in Angriff zu nehmen. Es galt einen vollständigen Einsturz der Mauer zu verhindern, wie er sich im Jahre 1912 bei der Mauer zwischen der großen Schleuse und dem unteren Vorhafen der kleinen Schleuse ereignete.

Nachdem provisorische Nadelwehre am Ober- und Unterbau aufgestellt worden waren, wurde die Schleuse leergepumpt und gleichzeitig das Grundwasser um die Schleuse herum mittels Tiefbrunnenpumpen abgelassen. Nach Trockenlegung wurde noch eine weitere Grundwasserentfernungsanlage in der Schleuse selbst eingebaut, um das Grundwasser unter der Sohle auch abzusaugen. Diese Maßnahmen waren nötig, damit der Druck des Grundwassers die leergepumpte Schleuse nicht zusammenbrückt. Um dem

Das trockene Blockland

Der Bremer Eisverein schreibt uns:

Der Spaziergänger, dessen Weg an der Munte entlang zum Rande des Blocklandes führt, findet dort in diesem Winter einen ungewohnten Anblick. Die Felder, die sonst um diese Zeit eine weite Wasserfläche bildeten, auf der beim Frost unsere Jugend zu Tausenden auf Schlittschuhen tummelte und weite Eisbahnen sich bis in das Jürgensfeld streckten, liegen heute trocken und grau. Ein altbekanntes Bild bremischer Landschaft hat sich hier plötzlich verändert und jung und alt bedauern, ein Gebiet winterlicher Freude und Erholung verloren zu haben. Mehr als fünfzigtausend Schlittschuhläufer wurde das schönste Eislaufgebiet Norddeutschlands genommen und keine Behörde kümmert sich darum.

Ist die fröhliche Erholung und das gesundheitliche Wohl dieser fünfzigtausend Menschen dem Staate so gleichgültig geworden? — Wir fragen insbesondere das Landesherrnamt, das für die augenblicklichen Zustände verantwortlich ist.

Die Bevölkerungsverhältnisse im Blockland sind uns seit unserer fast dreißigjährigen Tätigkeit bekannt. Enge Beziehungen zu Land und Leuten gaben uns Einblick in die Schwierigkeiten, die in dieser Frage zwischen Bauernschaft und Behörden vorliegen. Auch wir sind an einer glücklichen Lösung interessiert und bedauern sehr, daß sie trotz langer Verhandlungen nicht gefunden werden konnte. Zum Schaden aller interessierten

Wasserdruck von der großen Schleuse zu begegnen, wurde die Mittelmauer mittels kräftiger Hölzer aufgesteift.

Die Schäden, die bisher nur durch Tauscher festgestellt waren, erwiesen sich als recht erheblich. Die Mittelmauer hatte lange tiefegehende Risse. Unter ihrem Fundament und unter dem Beton der Schleusenbohle wurden Hohlräume festgestellt, die für die Standsfestigkeit der Mauer sehr bedenklich sind. Sie konnten sich bilden, weil beim Bau der Schleuse unter der Sohle ein Drainagesystem eingebaut worden war, welches eine bestimmte Aufgabe erfüllen sollte, sich aber sehr zum Nachteil ausgewirkt hat. Der Beton der Mauer ist teilweise durch eine Krankheit, den erst vor kurzer Zeit entdeckten Betonpilz, in seiner Festigkeit herabgemindert.

Durch die Betonbohle sind zahlreiche Räder gebohrt worden, um die Hohlräume und die gesamte Drainage mit flüssigem Beton vollzugießen. Ist diese zeitraubende Arbeit erledigt, dann werden die schadhaften Stellen im Beton ausgetrennt und wieder frisch betoniert. Inzwischen werden Tore und Schützen vom Rost befreit und gründlich überholt, so daß in etwa einem Monat die Schleuse wieder wie neu aussieht. Sobald die kleine Schleuse dem Betrieb wieder übergeben ist, wird die große Schleuse soweit trocken gelegt, wie nötig ist, um an derselben Mauer, nur von der anderen Seite aus, Reparaturarbeiten in gleicher Weise durchführen zu können.

General-Moratorium, ein dringendes Gebot der Stunde!

Aus Begefall wird uns geschrieben:

Die unvorhergesehenen großen Konsumturverluster machen es zu einer zwingenden Notwendigkeit, der gesamten deutschen Wirtschaft ein Moratorium für sämtliche Warenschulden (außer Steuer) zu gewähren, wenn nicht alles in Scherben gehen soll. Unerschuldet sitzt alles in tiefer Not, ob Landwirt, Handel oder Gewerbetreibende, niemand ist in der Lage, bei den enormen Preisrückgängen die alten drückenden Verpflichtungen erfüllen zu können. Unter den Gläubigern gibt es wenige mit tiefem Verstand, andererseits sind die Gläubiger gleichzeitig Schuldner und werden ebenfalls gedrückt. So treibt ein Teufel den anderen, was überbleibt ist ein großes Trümmerteil. Die Zwangsversteigerungen nehmen überhand und die noch vorhandenen Waren und Bestände werden in unnützer Weise veräußert. Großes Elend, Verzweiflung, Selbstmorde sind die Folgen, und der Gläubiger kommt dennoch nicht voll zu seinem Recht. Das Ende vom Rade ist, daß der Vater Staat keine Steuer mehr erhält, weil alles zerstört wird, und somit die Beamten auch keine Gehälter. Ist dieser unvernünftige Zustand nicht wahnsinnig? Wie kann ein Kaufmann heute eine Verpflichtung erfüllen, welche vor 4 bis 6 Monaten entstanden ist? Wenn man ehrlich sein will und der Lage offen ins Gesicht schaut, so muß man sagen, daß dieses eine Stillstandsgebot ist, die bei den augenblicklichen Abzugsverlusterungen der Stärke und Weite nicht ausfällt. Rigorose kurzfristige Gläubiger treiben vielfach aus schädiger Genußsucht ihre Schuldner zum Offenbarungseid und es gibt noch kein allgemeines Gesetz, welches derartige unheimliche Vorgehen zurückweist! Der Schuldner befindet sich in einem Zustand, wo er für den augenblicklichen Zustand verantwortlich ist oder nicht, ist zur Zeit leider gleichgültig. Handel, Gewerbe, Landwirtschaft ist vor Überlastung

kreise — auch des Staates! — scheiterte die Lösung bisher an der unverständlichen Unnachgiebigkeit einer Behörde.

Die Schläge ist folgende: Vor dem Kriege wurde das Blockland im Winter mit den Wässern der Stadt überflutet. Dieses wurde vom Staat kostenlos vorgenommen und steigerte den Ertrag der Weizen zum Vorteil der gesamten Wirtschaft. Seit einigen Jahren jedoch hat die Blockländer Bauernschaft dafür einen hohen Preis zu zahlen, der in der Not dieser Zeit nicht mehr aufgebracht werden kann. Bei den Verhandlungen über eine Ermäßigung zeigte die Behörde kein ausreißendes Entgegenkommen. Sie zog es vielmehr vor, den Zufluß der Abwässer zu sperren und das Blockland furchbar trockenlegen. Das bleibt bei dieser Rechnung übrig? Ein Minderertrag der Weizen und der Verlust jeglicher Einnahme aus der Bevölkerung. Außerdem macht sich der Staat die Unkosten, die verworrenen Abwässer auf zehn Kilometer weitem Wege in die Weser zu pumpen, wo sie nutzlos verschwinden!

Jeder Steuerzahler hat Interesse daran, daß diese Verhältnisse sofort abgestellt werden. Aus Gründen öffentlicher Sparlichkeit ist der Notlage der Bauern entgegenzukommen und das überflutete Blockland wieder herzustellen. Damit würde uns das Blockland auch als Eislaufgebiet wiedergegeben, auf dem der Bremer Eisverein seit dreißig Jahren im Dienste der Jugend arbeitet.

Sch.

und Auffassung zu schützen, sagt die Verfassung, aber wo bleibt der Schutz? Hier damit, es ist unerschuldete Not im Lande, aber der eine ist dem anderen hilflos ausgeliefert und wird, ohne darüber nachzudenken, was man tut, erdrückt! Es muß eine Einigung herbeigeführt werden, die beiden Teilen das Leben läßt und dieses geschieht durch ein General-Moratorium. Der Gläubiger darf dem Schuldner nicht die Möglichkeit nehmen, seinen Schuldverpflichtungen nachzukommen — sonst bleibt nur ein großer Scherbenhaufen und auch der Gläubiger geht dabei vor die Hunde, sowie die gesamte Wirtschaft. Die Konsumturverluster hat sich derart zugegeben, daß der Schuldner unter den besonderen Schutz der Rechtsordnung gestellt werden muß (siehe Dittsch). Wir mögen uns drehen und wenden wie wir wollen, es bleibt der Reichsregierung keine andere Möglichkeit, als zum General-Moratorium zu greifen — es ist unter letzter Ausweg, wenn wir uns nicht selbst gerichten wollen. Aber Eile tut not, ehe es zu spät ist!

Herrn Franke.

Verlängerung der Hamburger Kundkredite

Hamburg, 25. Jan. Die Staatliche Preiskasse teilt mit: „Bei der Verprechung, die Senator Matthaei und Staatsrat Zippmann in London mit englischen Gläubigern in bezug auf die kurzfristigen Kredite geführt haben, handelte es sich in erster Linie um die am 20. Januar 1932 fällig werdenden Schabanzweisungen. Es wurde eine Verlängerung der Kredite vereinbart mit der Maßgabe, daß, falls insofern ein allgemeines Abkommen zwischen den deutschen Ländern und Gemeinden und ihren ausländischen Gläubigern zustande kommt, diese Vereinbarung in das allgemeine Abkommen übergeleitet werden soll. Senator Matthaei benutzte die Gelegenheit, den englischen Kreditgebern ausführliche Darlegungen über Hamburgs Finanzlage zu geben.“

54 668 Erwerbslose in Hannover

Hannover, 25. Jan. Die jahreszeitliche Belastung des Arbeitsamtes hat angehalten. Am 15. Januar waren in der Stadt Hannover 42 102 männliche und 12 566 weibliche zusammen 54 668 Arbeitsuchende vorgemerkt. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Gesamtbezirk des Arbeitsamtes Hannover betrug 65 328 (51 232 männliche und 14 096 weibliche). Aus der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitsfürsorge wurden insgesamt 35 006 Personen unterstützt. Davon entfallen auf den Stadtbezirk Hannover 25 153. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Arbeitslosenbenutzung um 19 773, die der Hauptunterstützungsempfänger um 7589 höher.

Große Heringschwärme bei Stagen

Kopenhagen, 26. Jan. Festlich von Stagen wird augenblicklich der Heringsfang mit geradezu beispiellosem Ertrag betrieben. Schwedische Fischdampfer bringen fast täglich etwa 400 Tausend geringe zu durchschnittlich 7 Kronen per Maß ein. Am Sonnabend wurden im ganzen 4000 Tausend eingefangen, von denen der größte Teil nach Deutschland verkauft wurde.

Berücksichtigt die Inserenten!

Ausnahmerecht?

Der humane Strafollzug gegen Verbrecher und Gauner, die Zuhilfenahme milderer Umstände und Bewährungsfrist für gemeine Gesetzesverbrecher, hat sicher auch seine tieferen Gründe. Schließlich muß für die vielen politischen „Verbrecher“, denen keine Bewährungsfrist gewährt wird, Platz geschaffen werden. Täglich erleben wir ja in jedem größeren Ort Gefängnisurteile gegen Nationalsozialisten, die die Republik, die Ruhe und Ordnung oder sonst etwas „gefährdet“ haben sollen. Unter dieser Aera ist ja der unbefristete nationalsozialistische Redakteur beinahe zum achten Weltwunder erhoben. Jungfraus Justitia geht dabei recht eigene, für den Laienverstand undenkbar Wege.

So wurde kürzlich von der Großen Strafkammer beim Landgericht Breslau die Verurteilung der Nationalsozialisten Rente M. d. R. und Gerda verurteilt, die Gefängnisstrafe von drei (3) Monaten aufzubringen. Das „Verbrechen“ bestand in der Verlesung des lange bestehenden „Ämtlichen Mitteilungsblattes des Gaus Schlesien der NSDAP.“ als „Erlaß“ für den verbotenen „Schlesischen Beobachter“ und die „Schlesische Tageszeitung“. Damals (im Januar 1931) war diese Sache nach der geltenden Rechtsprechung durcheinander erlaubt. Was die Moralfürsorge nicht hinderte, den Reichstagsabgeordneten Rente als verantwortlichen Redakteur und Gerda als Herausgeber je drei Monate aufzufrieden, welcher Ansicht sich jetzt auch das Verfassungsgericht anschloß. Auch in dieser Instanz prüfte das Gericht nicht, ob das „Mitteilungsblatt“ schon bei dem Auftreten des Verbotens der „Schlesischen Tageszeitung“ bestand und somit keine Verurteilung zu erfolgen hatte. Es war damals durcheinander erlaubt, an Stelle einer verbotenen Zeitung ein bereits bestehendes Blatt an alle Leser zu liefern. So wurde noch im Oktober 1931 der „Nordwärts“ als Erlaß für die verbotene Braunschwäger Morristenzeitung geliefert. Unseres Wissens hat sich keiner der dem preussischen Justizminister Schmidt (Zentrum) unterstellten Berliner Staatsanwälte zum Strafamt gegen die Verantwortlichen des gälischen Zentralorgans gefunden!

Mohnvoller Engel!

Im „Geimadient“, der famosen Reichszentrale geistlichen Roms (Organ zur Werbung für die amtliche Parteipolitik) äußert sich ein Oberregierungsrat Teipel über die Weigerungslisten in den 17 deutschen Ländern. Dabei erzählt er von Freuden. Im Breiten ist zuletzt am 20. März 1928 gewählt worden. Die Wahlen bestätigten die bis dahin ziemlich unidirektive Mehrheit der sogenannten Weimarer Parteien. Sie beträgt 31. 232 gegen 218 Stimmen einer in sich gegenläufigen Opposition. Das parteigebundene Kabinett, in dem die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Staatspartei vertreten sind, hat sich darum bisher als sehr stabil (21) erwiesen. Am 20. März 1932 ist die jetzige Legislaturperiode des Reichstages abgelaufen. Ob alsdann wieder ein parteigebundenes Kabinett mit derselben vorbildlichen Stetigkeit (1) geklärt werden kann, erscheint angesichts der inzwischen eingetretenen gewaltigen Machtveränderungen in der Wählerschaft wenigstens augenblicklich sehr fraglich.

Vom Büchertisch

Cornelissen, Peter, Kreuzer in roter Haut. Ein Revolutionserlebnis. Geh. 2,70 Mk., Ganzleinen 4,05 Mk. (Verlag Scherl, Berlin.)

Dieses Buch ist ein wahrheitsgetreues Dokument von historischer Bedeutung, das geschrieben von einem Soldaten, der in den kritischen Novembertagen 1918 als Seeoffizier Dienst tat auf einem der Kreuzer, die vor der roten Flut aus der Nordsee in die Ostsee flüchteten.

In dramatisch sich steigender Form, den damaligen Ereignissen folgend, bringt es einen Auschnitt des unbegreiflichen Geschehens, das die Umwälzung der herrschenden Staatsform zur Folge hatte. Es zeigt — und das ist das Neue und Wesentliche —, daß der Sieg der Revolution in der Hauptsache auf das Gefühl der Unzufriedenheit, so wohl bei Untergeordneten als auch bei Vorgesetzten, zurückzuführen ist.

Wie zwingender Notwendigkeit entwickelt sich aus dem guten Gefühl der Vorgesetzten, aus der moralischen und treuen Gesinnung der Besatzung die Tatsache, daß es diesem Kreuzer bis zum bitteren Ende in See zu fließen gelang, die Ehre der Flotte zu wahren, kein anklagendes, kein kritisiertendes Buch, einfach ein Dokument jener Zeit, das den heldenhaften Kampf mutiger und verantwortungsbewusster Männer gegen die rote Flut dem Leser vor Augen führt, ist es das Buch der Treue.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: E. Gunter d'Almeida, für den Angehörigen: B. Kienast, sämtlich in Bremen. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingelebte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —

Die NS.-Betriebszelle

Warum NSBD?

Die Wichtigkeit der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation

Von Hans Volkertsdorfer, MdR, Inspektor V. d. NSBD.

Das starke Anwachsen unserer Bewegung, insbesondere der hohe Prozentsatz, den die Arbeitnehmer aller Art in den letzten Jahren stellen, veranlassen unsere Organisationsleiter P. G. Gregor Straßer im vergangenen Jahre die Betriebszellen-Organisation partiell offiziell zu errichten. Den Grundstock dazu hatten unsere verdienten P. G. Engel, Schumann und M. u. u. schon längere Zeit vorher geschaffen. Sie hatten durch ihre unermüdete Kleinarbeit in der Reichshauptstadt schon in einer Reihe von Betrieben nationalsozialistische Zellen gegründet und haben darüber hinaus, von sich aus allen interessierten Parteigenossen im gleichen Antriebe zur gleichen Arbeit gegeben. Nach Errichtung der Reichsbetriebszellen-Abteilung, welche in die Hände des bewährten P. G. M. B. Schumann gelegt wurde, galt es zunächst, bewährte Mitarbeiter im ganzen Reich zu finden. Nach dem großen Erfolge, den die NSBD in der kurzen Zeit ihres Bestehens heute schon aufzuweisen hat, kann man annehmen, daß der Organisationsleiter der Reichsbetriebszellen-Abteilung, P. G. M. B. in der Auswahl seiner Mitarbeiter seit einer glücklichen Hand hatte. Ein Anfang November in der Reichsführerschule in München abgehaltener achtstägiger Schulungskurs, der ebenfalls organisiert war und an dem sämtliche Gaubetriebszellenleiter, sowie die Betriebszellenleiter aller größeren Ortsgruppen teilnahmen, war der Auftakt zu unserer Offensive auf die Betriebe. Im ganzen deutschen Sprachgebiet wurden Betriebszellen-Vorstellungen und öffentliche Betriebszellen-Vorstellungen abgehalten.

Der Erfolg blieb nicht aus. Die Betriebszellen der letzten Zeit brachten uns überall große Erfolge. Die roten und sozialistischen Arbeiterverräter, die seither fast überall die Mehrheit hatten, schickten ihre Prominenten zum Kanzler und baten um Hilfe. Die roten Gewerkschaftsleiter drohten, kein Kabinett nicht mehr weiter führen zu wollen, wenn er nicht einträte. Heinrich Brüning kam zur Hilfe und verbot für das Jahr 1932 sämtliche Betriebsratswahlen.

Am den roten und schwarzen Betriebszellen noch ein Jahr die zur Zeit inebenen Positionen zu sichern. Für uns ist es klar, daß man uns nur mit dieser Maßnahme treffen wollte. Doch wir lagen über diese Maßnahme ins Fäustchen, weil wir erkennen konnten, daß man aus den Ereignissen der letzten Zeit absolut nichts gelernt hat. Wäre man nicht so überaus furchtsam, so müßte man doch schon längst erkannt haben, daß von jeder hinausgeschobenen Wahl, ganz gleich welcher Art, wir Nationalsozialisten die einzigen Gewinner sind. Man müßte weiter längst erkannt haben, daß die Arbeiterkraft in den Betrieben genau so eine Veränderung ihrer Führung herbeiwünscht, wie die Mehrheit des deutschen Volkes im Reich und in den meisten deutschen Ländern. Wir werden unsere Arbeit in den Betrieben genau so gäbe fortsetzen, wie unsere Gesamtbewegung innerhalb unseres Volkes und die, die heute den Willen des deutschen Arbeiters misgelingen, werden bald ihre Qualität dafür erhalten.

Frage, warum wir keine eigenen Gewerkschaften, warum wir keine eigenen Gewerkschaften gründen und oft folgert man daraus — und die roten Bonzen nützen dies reichlich aus — wir wären Gegner der Gewerkschaften und wollten diese zerstören. Nun zu der Frage, warum wir keine eigene Gewerkschaft gründen: Wir gehen den Weg der Betriebszelle, um unsere Politik — die Politik der Befreiung des deutschen Volkes von seinen inneren und äußeren Feinden — und damit der Befreiung des deutschen Arbeiters in der Betriebe zu verpflanzen. Die NSBD ist keine wirtschaftliche, sondern eine politische Gruppe. Wir haben erkannt, daß es innerhalb dieses Systems keine Lösung der sozialen Frage gibt und weil das Wohl und Wehe aller schaffenden deutschen Menschen in der hohen Politik entschieden wird, darum ist unser Ziel, Männer an die Spitze zu bringen, denen dieses vor allem an dem Herzen liegt. Die Gewerkschaften haben zwar seit 1918 eine gewisse Monopolstellung erworben, sie haben diese aber in keinem Falle zu Gunsten derer ausgenutzt, von deren sauer verdienten Fleißigen sie existieren.

Der deutsche Arbeiter möge selbst einmal prüfen was ihm seine Gewerkschaften in den letzten Jahren genutzt haben. Er wird feststellen müssen, daß sie immer und überall bereit waren, die Interessen der Arbeitnehmer preiszugeben. In den Parlamenten waren die Gewerkschaftsführer stets eifrige Erfüllungspolitiker und haben dadurch zu unserem heutigen Elend maßgebend mit beigetragen. Die Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters können nie durch die heutigen Gewerkschaften gebessert werden, sondern nur von einem Apparat, der unbefleckt ist von der Politik der letzten Jahre. Deshalb wollen wir nicht Gewerkschaften in diesem Sinne, sondern wir wollen viel, viel mehr.

Adolf Hitler hat in seinem Werk „Mein Kampf“ 2. Band, 12. Kapitel geschrieben: „Soll es bei uns auch so werden?“

Kinderelend in Sowjetrußland

Millionen verwahrloster Kinder im „Vaterland der Werktätigen“

Einer der stärksten Beweggründe, der einzelne deutsche Arbeiter der NSD in die Arme treibt, ist die Hoffnung, daß der Kommunismus sie vom Elend der Arbeitslosigkeit erlösen werde. Diese eine große Hoffnung gibt bei vielen den Ausschlag, härteste Bedenken anderer Art zurückzulassen und den kommunistischen Stimmzetteln abzugeben oder sogar die Mitgliedschaft der NSD zu erwerben. Denn alle Tage bekommen sie es in den kommunistischen Zeitungen zu lesen: In Sowjetrußland gibt es keine Arbeitslosigkeit mehr. Der Kommunismus hat es verstanden und wird es auch bei uns verstehen, den vom Arbeitsmarkt verdrängten und in das granitene Elend hingeworfenen Massen Arbeit und Brot zu verschaffen!

Nun ist es ja bekannt, wie die Herren der Sowjetrepublik Meister der Lüge sind, daß sie es Jahre hindurch verstanden haben, die wirklichen Zustände vor der übrigen Welt zu verhallen. Wie wurden doch die von den westlichen Ländern entsandten Arbeiterdelegationen hinter das Licht geführt. Wie hat man ihnen, besser noch als in der Jarenzeit, Potemkinsche Dörfer zu zeigen verstanden. Und wie haben die schlaunen Schauspieler in Rußland sich die Hände gerieben, wenn diese

„Die Gewerkschaften sind vor allem notwendig als Bankette des künftigen Wirtschaftsparlamentarismus bzw. der Ständekammer.“ Daraus geht also klar hervor, daß wir keine Gegner der Gewerkschaften als solche sind, sondern, daß wir lediglich den derzeitigen Kurs der Gewerkschaften ablehnen und unser Streben geht danach, die besten Köpfe aus dem deutschen Arbeiterium als Führer herauszuheben. Es wird in unserem Zukunftsstaat nicht mehr möglich sein, daß ein Angehöriger eines fremden Volkes (siehe Jude Anshäuser) Führer einer Gewerkschaft sein kann. Unser Reichsbetriebszellenleiter P. G. Schumann schreibt mit Recht: „Was nützen Organisationsformen, wenn nicht an der Spitze Menschen stehen, die fähig sind, die Zusammenhänge zu durchschauen und als wirkliche Arbeiterführer das sind, was man von ihnen verlangen muß. Wir wollen nicht denselben Weg gehen, wie die bisherigen Gewerkschaften, die sich zwar eine Organisation geschaffen haben, auf die Welt mit Leid blickt, in der aber in der heutigen Zeit die Vertreter des deutschen Arbeiters reiflos versagen.“

Dies alles dem deutschen Arbeiter klar zu machen, ist die Aufgabe innerhalb unserer Betriebszellen. In unseren Massenversammlungen wird es nicht möglich sein, diese Fragen ausführlich zu behandeln, außerdem kommen wir innerhalb der Betriebe an manchen Arbeiter heran, den wir selten oder überhaupt nicht in der öffentlichen Versammlung erreichen können. Weil aber die Gewinnung des deutschen Arbeiters unser Hauptziel sein muß, deshalb sei sich jeder Parteigenosse, insbesondere jeder Gau- und Ortsgruppenleiter und jeder Redner der Wichtigkeit unseres jüngsten Kindes, der NSBD, bewußt und fördere sie nach besten Kräften. Parteigenossen, die es sich leisten können, sollten nicht verlären, neben der sonstigen Presse unserer Bewegung, auch das von dem Organisationsleiter der NSBD, P. G. Reinhold Muthow herausgegebene „Arbeiterium“ zu lesen.

Deutsche Arbeiter-Dichter

Karl Bröger:
Ungezählte Hände sind bereit,
stützen, heben, tragen unsre Zeit.
Jeder Arm, der seinen Amboss schlägt,
ist ein Atlas, der die Erde trägt.

net mit allerdeutlichster Deutlichkeit für jeden, der nicht blind und taub sein will, die ungeheure Verlogenheit der derzeitigen russischen Machthaber. Welchen Umfang muß im Jahre 1926, fast ein Jahr, fast nach dem Beginn der Beglückung durch den Bolschewismus, die Arbeitslosigkeit angenommen haben, wenn sie der einzige Grund des

Kinderelebens
sein konnte. Schon im Jahre 1922 gab der südbaltische Volksmissionar S. S. S. die Zahl der obdachlosen Kinder mit neun Millionen an. Ein Jahr später festlich behauptet die Krupfaja, Petrus W. W., die Mehrheit dieser Angaben. Sie behauptet, es seien nur 7 Millionen verwahrloster Kinder vorhanden. Nur 11 sieben Millionen Kinder, die kein Heim besitzen, die beschämlich auf der Straße liegen, von Raub und Beutl um Unzucht leben und leidend und leidend um Grunde gehen! Wir meinen, 7 Millionen! Das Regierungsorgan Pragma vom Annalen der Zahl der verwahrlosten Kinder! Und der einzige Grund, schreibt die Pragma, das Regierungsorgan — und es gibt ja in Rußland nur Regierungsorgane, weil niemand sonst als die regierende Partei Zeitungen herausgeben darf — sei die Arbeitslosigkeit!! Wahrlich ein köstliches Eingeständnis. Ja, mitunter jagt auch ein Vagabond von Profession unfreiwillig die reine Wahrheit.

Der deutsche Arbeiter mag sich dies unfreiwillige Eingeständnis merken und in seinem Dichte die Potemkinschen Dörfer, die man ihm in Deutschland in der kommunistischen Presse über die herrlichen Errungenschaften des Sozialismus vor Augen führt, beurteilen. Man wird kaum Anlaß dazu haben, den Leuten, die neun Jahre lang so bodenlos dreist gelogen haben, fünf Jahre später Glauben zu schenken. Wer einmal lügt... Die russischen Herren aber haben das Vagen zu ihrem Handwerk gemacht. Die Wahrheit lagen sie nur dann, wenn sie es unfreiwillig tun. In diesem Falle sind wir der Pragma, Herrn S. S. S. und der Krupfaja zum Danke verpflichtet.

Erwerbslose Kriegsbeschädigte bei Kleinfriedlungen bevorzugt

Der Reichskommissar für vorkaufsliche Kleinfriedlung hat dem Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Arbeitslosen (RKB), e. V., Berlin SW 68, Charlottenstr. 85, auf eine Eingabe folgendes mitgeteilt: „Soweit Kriegsbeschädigte Arbeitslose trotz ihres Dienstbeschäftigungslebens noch die nach meinen Richtlinien vom 10. November 1931 erforderliche körperliche Eignung besitzen, habe ich keine Bedenken, daß solche Kriegsbeschädigten, wenn im übrigen die nach meinen Richtlinien verlangten Voraussetzungen gegeben sind, bei der Auswahl der Siedler bevorzugt werden. In einem Rundschreiben an die Länder werde ich meine oben dargelegte Auffassung zwecks Unterrichtung der Siedlungssträger mitteilen.“

Angefallener Arbeitsnordwest allgemeinverbindlich

Düsseldorf, 23. Jan. Die von Arbeitsnordwest und den Angefallenenorganisationen unterm 30. Juli 1931 vereinbarte Gehaltsregelung wird, wie uns der DGB, mitteilt, mit Wirkung vom 1. Januar 1932 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

NS.-Betriebszellen = Erfolge bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1931

Über 60 Jahre kämpfte die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die deutsche Arbeiterkraft. Zuerst eine Bewegung, der es nur darum zu tun war, christlich das Lebensrecht der Arbeiter und Angehörigen zu verteidigen, wurden die Gewerkschaften ein Machtinstrument der Sozialdemokratischen Partei. Geht man diese die es verstanden, den Kampfwillen des deutschen Arbeiters um seine wirtschaftliche und arbeiterfeindliche Ziele auszunutzen. 60 Jahre lang wurde in Werksstätten und Betrieben ein richtungsloser Kampf gegen den andersdenkenden Arbeiter geführt, der den internationalen, marxistischen Solidaritätsbündel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht mitmachen wollte. Mit dem Erscheinen des Nationalsozialismus wurde das anders. Nur ein Jahr Nationalsozialistische Betriebszellen hat genügt, um in die Front des Marxismus stehende Verräter zu schlagen. Nur ein Jahr NSBD — und schon haben die Gewerkschaftsbögen sie kennen und fürchten gelernt.

Das Verbot der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1932 ist die Angelegenheit dieser Nacht. Die Erfolge der NSBD bei den Betriebsratswahlen 1931, die den ersten Ansturm gegen den Betriebsratsmarxismus darstellten, haben genügt, um die marxistischen Hochburgen zu erschüttern. Über die Erfolge dieser ersten im Zeichen des Nationalsozialismus stehenden Betriebsratswahl berichtet das „Sonnenlicht Nr. 1 des „Arbeiterium“. Es gibt einen umfassenden, statistischen Überblick über die Wahlergebnisse in den Betrieben, wo nationalsozialistische Zellen aufgestellt wurden und somit nur NSD, O. B. O. Erhältlich durch die Gau-Betriebszellen-Abteilung, und die Reichs-Betriebszellen-Abteilung, München, Korfstraße 14/1. Jeder Redner, jeder Amtswalter muß dieses Werk besitzen, das ihm ausgezeichnetes Material in die Hand gibt.

Adolf Hitler:
Für die nationalsozialistische Gewerkschaft ist der Streik nicht ein Mittel zur Vertikalisierung und Erschütterung der nationalen Produktion, sondern zu ihrer Steigerung und Blühmachung durch die Betätigung all jener Kräfte, die infolge ihres unsozialen Charakters die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Existenz der Gesamtheit behindern. Denn die Leistungsfähigkeit des einzelnen steht heute in unauflöslicher Zusammenhang mit der allgemeinen rechtlichen und sozialen Stellung, die er im Wirtschaftsleben einnimmt und der nur daraus allein resultierenden Erkenntnis über die Notwendigkeit des Geduldens dieses Prozesses zu seinem eigenen Vorteil.

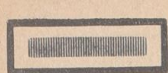
„Mein Kampf“.

MARKSMUS

Nie mehr SPD und KPD

Herein in die Nationalsozialistischen Betriebszellen!





Volk und Wirtschaft



Bantrott-Eingeständnis der Erfüllungsfront

Das katastrophale Ergebnis der Brüning-Illusionen wird im Reichsrat unter Beweis gestellt

Der Reichsrat, der schon seit langer Zeit im Grunde genommen die Arbeiten des Reichstags erledigt, beschloß sich am Donnerstag mit den Verhandlungen am Haushaltsplan für 1931. Wir berichten darüber bereits im politischen Teil (D.M.). Dabei machte Ministerialdir. Bantrott als Berichtshüter bemerkenswerte Ausführungen, die in dem Endergebnis gipfelten, daß die Gesamtlage Deutschlands noch erheblich schlechter sei, als der Reichshaushalt zeige. Auch ohne Reparationen ließe Deutschland noch plantatistischen Schwierigkeiten gegenüber.

Wir entnehmen den Feststellungen des Reichsrates noch folgende ersichtlichen Punkte:

Gegenüber 1928 über 1 Milliarde Steuerausfall

1. Der Einnahmerückgang in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches gegenüber dem Vorjahr trifft, wenn man von der Industrieumlage und der Reparationsabgabe der Reichsbahn abzieht, nicht das Reich, sondern bisher ausschließlich die Länder und Gemeinden, und zwar in Höhe von 1 Milliarde gegen 1928 und von mehr als einer Milliarde gegen 1929, während sich beim Reich wegen der Vermögensabgabe der Einkommensteuer, des Aufschlags zur Einkommensteuer und der Grunderwerbsteuer und wegen der übrigen Erhebungen Rückgänge und Mehreinnahmen die Waage halten.

Schuldentilgung unmöglich

2. Infolge des Rückganges dieser Ueberweisungen und der eigenen Steuern, infolge der Ausfälle bei den Zinsen usw., sowie infolge der reichsgerichtlichen Beschränkung der Realsteuern ergeben sich bei den Ländern trotz strengster Einschränkungen noch große Zahlungsbeträge sowohl für 1931 als auch im Entwurf für 1932 und keine Möglichkeiten, 1932 Tilgung schwerender Schulden einzuleiten, während das Reich den Haushalt für 1931 und den Entwurf für das Jahr 1932 vorläufig gedeckt und dabei für 1932 eine von 420 auf 870 Millionen erhöhte Tilgung schwerender Schulden vorgesehen hat. Die Staatsbankrottstände des Reiches sind zwar durch die weitere ungünstige Entwicklung überholt, dies trifft aber in gleichem Maße auch die Länder und Gemeinden.

Länder und Gemeinden am Ende

3. Infolge Steigerung der Zahl der Erwerbslosen in Verbindung mit der Tariffrage, die Gemeinden als Sozialfürsorgeeinrichtungen nicht mehr 21 v. H. wie im Jahresdurchschnitt 1929, sondern etwa 36,5 v. H. ganz und in der Krisenfrist sogar nicht mehr 14,7, sondern 32,7 v. H. zu einem Anteil unterliegen müssen, sowie in Verbindung mit der erwähnten Kürzung der Steuerüberweisungen behalten auch viele Gemeinden Haushaltslücken, deren Deckung nicht möglich ist. Die zusätzliche Ueberweisung des Reiches an die Gemeinden von 290 Millionen Mark für Wohlfahrtskosten reicht demgegenüber nicht aus. Trotzdem hat das Reich im nächsten Jahr

nur noch eine Ueberweisung von 50 Millionen Mark vorgesehen.

Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung, im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft bei der Aufstellung des Haushalts 1932 auf diese Lasten Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Regierung insbesondere, anstatt der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt von 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe geforderte außerordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen Mark einzuführen und die darüber hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden zur Vermeidung oder Deduktion von

Schulden zuzumessen, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preisentwertungspolitik stehende Anpassung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erfolgen wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann.

Bemerkender kann sich kein System eine Selbstkritik anstellen! Der Unfähigkeitsschrei des Völkchens ist in reißendes Erbrochen. Wann ziehen diese Parteien des Völkchens und ihre Exponenten, die sich als „Reiter“ pfeifen, endlich die Konsequenzen?

Tabak-Monopol gefällig?

Das System auf der Kreditsuche — Verpändung der deutschen Tabakwirtschaft an das französische Kapital geplant

Wir Nationalsozialisten haben von jeher betont, daß die Auslandskredite unsere Wirtschaft ernähren und nur dazu dienen, das herrschende System noch ein paar Monate länger am Leben zu halten. Schon seit langem weisen wir darauf hin, daß dieses System nur von der fortwährenden Verpändung und vom Ausverkauf des deutschen Volkswirtschafts lebt und daß es zusammenbrechen muß, wenn das internationale Kapital uns seine weiteren Kredite abt. Heute sind wir mitten in diesem Zusammenbruch. Das herrschende System bemüht sich aus der Not eine Tugend zu machen und sich als Vertreter unseres Programms der nationalen Selbsthilfe aufzuspielen, nachdem ihm in der ganzen Welt kein Mensch mehr einen Groschen vergewahrt. Doch verliert jeder Gedanke an nationale Selbsthilfe und Abwehr der Auslandskredite sofort, sobald sich dem System die geringste Möglichkeit für einen neuen Pumpversuch zeigt.

Von einer solchen Aussicht berichtet freudensprechend der „Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften und des Reichsarbeitsministers Stegerwald, unter der Überschrift „Ein interessanter Plan“. Im Wirklichkeit handelt es sich dabei um einen Aufschlag auf noch unverpändete Zweige der deutschen Wirtschaft. Der Artikel, der offenbar inspiriert ist, läßt die Absicht ersehen,

die deutsche Tabakwirtschaft an das französische (!) Kapital zu verpänden, um einen neuen französischen Kredit dafür herbeizuschaffen.

Man plant also eine Restanlage jener berühmten Gifford'schen Auslieferung des deutschen Rindfleischmonopols an den schwedischen Kapitalisten Krenger.

Um die deutsche Tabakwirtschaft als Gesamtheit zum Pandoobjekt machen zu können, planen, dem Bericht des „Deutschen“ zufolge, ungenannte Kreise ein halbstaatliches Tabakmonopol zu errichten. Die Monopolgesellschaft, an der französisches Kapital beteiligt wäre, soll dann einen langfristigen und billigen Kredit von beispielsweise 30 Millionen Franken eingeräumt erhalten und davon dem Reichsdienst neben seinen Gewinnanteilen etwa 20 bis 25 Millionen Franken einmalig und als Entgelt

für die Uebertragung des Monopolrechtes bezahlen. Man sieht aus diesen Summen, welche Riesengeschäfte auf Kosten des deutschen Volkes dabei gemacht werden sollen.

Es ist bezeichnend, wie die ungenannten Inspiratoren dieses Planes ihren neuerlichen Pumpversuch dem Volk schmachtlich zu machen sich bemühen. Sie bemühen in bemerkenswerter Unbedenklichkeit die durch die nationalsozialistische Aufklärung erzeugte feindselige Stimmung des Volkes gegen private Monopole, indem sie darauf verweisen, daß die deutsche Tabakwirtschaft schon zum größten Teile in privaten Händen monopolisiert sei und schreiben weiter:

„Es ist ja schon lange aufgeflogen, wie sehr sich die deutsche Staat gefallen ließ (!), daß seine teilweise schon verstaatlichten Fabriken sich lediglich um das Zweite eigene Einkommens für Rohstoffe gründeten, um die deutsche Fabrikation durch einen Einkaufsgewinn bis zu 30 Prozent und mehr vorzubehalten, der somit zu Nutzen irgendeiner Händlergruppe im Auslande entwand und auch dort verblieb. In Deutschland konnte er nicht erzielt werden, so daß im großen Ganzen die deutsche Produktion so gut wie nichts verdiente.... Das ist eine Schädigung des deutschen Volkseinkommens, die sich viele Händlergruppen nimmern schon seit Jahren erlauben.“

Dem „Deutschen“ fallen diese Zustände, die im übrigen nicht richtig geschildert sind, eigenartiger Weise heute auf, wo es sich nicht darum handelt, sie zu beilegen, sondern wo der Hinweis nur dazu dient, die Durchführung eines neuen Pumpversuchs gegen die deutsche Volkswirtschaft zu hemmeln.

Nicht weil private Monopole der Wirtschaft schädlich sind, will man sie verstaatlichen, sondern weil die Verstaatlichung Gelegenheit gibt, im Ausland einen neuen Milliardenkredit zur Stützung des herrschenden Systems aufzunehmen. Das private Monopol soll auch nicht beilegt werden, weil es einen unverkäuflichen Druck auf die Händler ausübt, im Gesamtteil, das Staatsmonopol will diesen Druck nach verschärfen. Nicht um die Verstaatlichung von Monopolen in den Auslande abzuheilen, schafft man ein Staatsmonopol, sondern um die Gewinne nach Frankreich zu verschicken, sollen die Sonderrechte des Staates in Anspruch genommen werden.

Wir vermehren uns gegen diese Art von Verstaatlichung nachdrücklich schon in dem Augenblick, wo der „Deutsche“ seinen ersten Versuchsalton aufstellen läßt. In diesem Zusammenhang sei auch auf die zahlreichen Artikel über die Schaffung eines deutschen Reichs-Tobak-Monopols verwiesen, die in letzter Zeit durch die Presse gezeichnet sind. Es ist zu befürchten, daß auch hier die mit „nationalen Notwendigkeiten“ bemantelten Monopolpläne nur dazu dienen sollen, dem herrschenden System ein neues Pandoobjekt für einen großen Auslandskredit in die Hände zu spielen. Es ist immer wieder der alte Gedanke: Um die deutsche Wirtschaft „aufzufurbeln“ braucht man neues Schmieröl. Um neues Schmieröl zu bekommen, gibt man die ganze Wirtschaftanlage daran.

Es ist wichtig, zu wissen, daß der „Deutsche“, der von diesem Tabakmonopol-Plan Witzel Stegerwald ist, der Exponent des Völkchens ist. Wir stellen fest: In der Öffentlichkeit verläßt der Krenger und läßt es verkünden, Deutschland müsse sich selber

helfen. Gleichzeitig aber bereitet das Volk seines Ministers Stegerwald einen neuen Pump fremden Kapitals unter Verhöfierung deutscher Vermögenswerte vor. Es ist höchste Zeit, daß dieses System abgelöst wird durch die Staatsführung Adolf Hitlers.

Steuerzuschläge

kommen wieder

Es war Bluff mit dem Notverordnungs-Zuckerbrot

Berlin, 25. Jan. Die durch die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1930 aufgehobenen Steuerzuschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt.

Der neue Veranschlagungsbetrag beläuft sich auf ein Drittel vom Hundert, während der alte Veranschlagungsbetrag ebenfalls höher war. Der Zuschlag gilt für die wesentlichen Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reichs, als auch der Länder und Gemeinden, u. a. für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Körperschaftsteuer, Grund- und Gewerbesteuer und die Bürgersteuereinkommen wird von den neuen Maßnahmen nicht erfaßt.

Die Wiedereinführung der Steuerzuschläge ist darauf zurückzuführen, daß die Steuererträge in letzter Zeit erheblich zurückgegangen sind.

Ueberflüssige Aufregung um den Butterzoll

Kopenhagen, 25. Jan. Eine Besprechung zwischen dem Außenminister, dem Landwirtschaftsminister und den Parteiführern ergab Uebereinstimmung in der Auffassung des Außenministers und Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten sowie auch der Venstre-Partei, den Handelsvertrag mit Deutschland keinesfalls zu kündigen. Die Konservativen dagegen verlangen die sofortige Kündigung, empfehlen eine abwartende Haltung gegenüber Deutschland und schlagen schließlich beträchtliche Zollerhöhungen für deutsche Waren vor, wobei die Regierung jedoch dafür Sorge zu tragen habe, daß nicht auch englische Waren davon betroffen würden. Die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Venstre-Partei bilden die überwiegende Mehrheit des Parlamentes.

Die finnländische Regierung bezieht gestern über die Lage, die durch die Erhöhung des deutschen Butterzollses entstanden ist. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Erhöhung des finnland-deutschen Handelsvertrages „frankt“. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Der schwedische Gesandte in Berlin hat im Auftrage seiner Regierung Einspruch gegen die Zollerhöhungen erhoben und zum Ausdruck gebracht, daß durch diese Maßnahme Schwedens Selbstbegünstigungsrecht verletzt sei.

Senkung der Fernsprechggebühren zum 1. April?

Zurzeit schweben zwischen dem Reichspostministerium und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen, ob nicht doch noch eine Möglichkeit besteht, die Fernsprechggebühren zu senken. Das Reichsfinanzministerium ist deshalb an den Verhandlungen beteiligt, weil es die Mittel für eine solche Senkung zur Verfügung stellen soll. Es handelt sich hierbei um einen Betrag von 10 Millionen Mark, den die Reichspost durch die beiden ersten Notverordnungen bei der Kürzung der Beamtengehälter eingepart hat und den das Reichsfinanzministerium jetzt wiederum der Post zurückgeben soll.

Ohne Zweifel würde mit dieser hohen Summe eine erhebliche Senkung der Fernsprechggebühren — entsprechend den Wünschen der Teilnehmer — erreicht werden können. Mit diesem Abbau der Gebühren würde die Post den Fernsprechverkehr auch wieder neu beleben, zumal nur eine erhebliche Beseitigung der Grundgebühr und eine Senkung der Welpersprechgebühr zahlreiche Teilnehmer davon abhalten wird, ihre Anschlüsse aufzugeben.

Sollten die Verhandlungen der Ministerien Erfolg haben, würde eine Gebührensenkung zum 1. April in Frage kommen.

Brüssel. Die deutsch-belgischen Kostenverhandlungen in Brüssel führen zu einer grundsätzlichen Einigung. Es wurden nur geringe Veränderungen bezüglich der Quote vorgenommen. Das Abkommen läuft bis Ende März und verlängert sich automatisch bis Ende April, falls es nicht vorher gekündigt wird. Die endgültige Formulierung des neuen Abkommens findet erst in der nächsten Woche statt.

Sicherung der Frühjahrsdüngung

Eine Notverordnung zur Mobilisierung der bei der Industrie lagernden Düngemittel — Halbe Maßnahmen!

Berlin, 25. Jan. Der Reichspräsident hat Esmann demnachmittag die Notverordnung zur Sicherung der Frühjahrsdüngung unterzeichnet. Die amtliche Mitteilung lautet: Aus dem Garantiefond von 30 Millionen RM. werden zur weiteren Sicherung der diesjährigen Frühjahrsdüngung Ausfallgarantien bis zu 25 vom Hundert von einem Umfang von 990 Millionen RM. übernommen werden können. Dieser Düngemittelkredit würde etwa dem des Vorjahres, in der gleichen Zeit entsprechen. Die Vorsehung etlicher Ausfälle erfolgt zwischen dem Reich und den Bundesländern nach einem besonders vereinbarten Schlüssel, nach dem das Reich die ersten Risiken zum überwiegenden Teil übernimmt.

Die Ausfallgarantie erstreckt sich auf den tatsächlichen Ausfall aus der einzelnen Pflanzung bis zur Höhe von 90 vom Hundert, jedoch wird dem einzelnen Pflanzung insgesamt nicht mehr erlassen, als 25 vom Hundert seines Gesamtumsatzes an Düngemitteln in der in Frage kommenden Zeit. Durch diese Verbindung wird ein Ausgleich der Risiken

der einzelnen Pflanzungen zwischen den verschiedenen Lieferanten zwischen den verschiedenen Lieferanten erreicht. Bei der Durchführung der Ausfallgarantie soll Vorbehalte getroffen werden, daß die Sicherungen aus den Garantiefonden weitergegeben werden können. Die Düngemittelgarantie werden die Einzelheiten der Ausfallgarantie in den nächsten Tagen ihren Abnehmern mitteilen.

An der Einleitung zur amtlichen Mitteilung über die Notverordnung wird die eingeleitete Begründung. Eine Verminderung der Anwendung von Düngemitteln um ein Drittel wäre etwa gleichbedeutend mit einem Mindereinzug von 1,5 bis 2 Millionen Tonnen Getreide. Auch die Wissenschaft habe ernstlich auf die Gefahr eines Düngemittelinteresses hingewiesen, so besonders Professor Hoerner-Halle. Es müsse gelingen, eine Mobilisierung der bei der Industrie gelagerten Düngemittel innerhalb kürzester Zeit und damit eine ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger zu ermöglichen.